

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Vom französisch-deutschen Krieg  
1870/71**

**bis zum Abschluß des  
Waffenstillstandsabkommens  
am 11. November 1918**

**Sonderheft Nr. 4**



**Vom  
französisch-deutschen Krieg 1870/71  
bis zum Abschluß  
des  
Waffenstillstandsabkommens  
am 11. November 1918**

**Sonderheft Nr. 4**

**Deutsches Reich: 47 Jahre Freiheit**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Der französisch-deutsche Krieg 1870/71	3-4
Deutsch-französischer Frieden	4-6
Gründung des Deutschen Reiches	6-11
Bismarcks Außenpolitik	11-15
Bismarcks Innenpolitik	15-16
Das Dreikaiserjahr	16-17
Bismarcks Rücktritt	17-19
Kaiser Wilhelm II.	19
Die Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches	19-21
Vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation	21
Die Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte (1870-1899)	21-27
Die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches und der damaligen gegnerischen Großmächte	27-31
Die Weltmachtspolitik der imperialistischen Großmächte	31-45
Inszenierung des Ersten Weltkrieges durch die NWO-Geheimorganisationen des internationalen Kapitals	45-62
Das Attentat von Sarajevo leitet den Ersten Weltkrieg ein	62-63
Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges	63-66
Die Kriegsbegeisterung im August 1914	66-67
Der "totale Krieg" von 1914-1918	67-69
"Mittelmächte" und "Alliierte Mächte"	69-70
Fehlende US-Neutralität während des Ersten Weltkrieges	70
Friedensangebot der Mittelmächte	70-71
Kriegseintritt der USA	71-75
Die Balfourdeklaration	76-78
Waffenstillstandsverhandlungen und Bildung einer vorläufigen "Deutschen Republik"	78-81
Abschluß des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918	81-88
Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges	88-89
Der unfreiwillige Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II.	89-90
Schlußbemerkungen	90-93
Hinweise für den Leser	94-97
Quellen- und Literaturnachweis	

## Der französisch-deutsche Krieg 1870/71

Die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges.  
*Rudyard Kipling (1865-1936, englischer Schriftsteller)*

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtete später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Tele-gramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle)

... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautete nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete später über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte. ...<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

### **Deutsch-französischer Frieden**

Obleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Durch den Vorfrieden von Versailles im Februar 1871 und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsschädigung zahlen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

Bis zur Zahlung der Kriegsschädigung - von 5,0 Milliarden Franc in 3 Jahren - sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besat-

zungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach. Bis 1918 verließen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählten damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Der Politiker Léon Gambetta (1838-1882), der Schriftsteller und Historiker Edgar Quinet (1803-1875) sowie der Historiker Jules Michelet (1798-1874) schrieben später (x058/267-268): >>(Léon Gambetta): ... Unter der Führung der Republik wollen wir in Zukunft leben, unter einer Form der Regierung, die im wahrhaftigen Sinne die Herrschaft der Freiheit, der Wahrheit, der menschlichen Solidarität unter den Menschen verkörpert. Unter dieser Regierungsform müssen wir in Zukunft alle mit einer Hingabe, die sich durch nichts abschrecken läßt, an der Erneuerung und dem Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten.

Und wissen Sie, meine Freunde, was sie darunter verstehen müssen? Ich will es Ihnen sagen, auf die Gefahr hin, die Ruhe und die Gedanken der neuen Sieger in Unruhe zu bringen: am Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten, heißt am Fortschritt des Menschengeschlechts arbeiten, heißt arbeiten an der allgemeinen Zivilisation Europas.

(Edgar Quinet): ... Wenn jemals der Tag der Gefahr kommen sollte, wenn der Morgen der letzten Schlacht anbricht, dann muß im christlichen Bund jedes Volk, im Süden oder im Norden, der lateinischen oder germanischen Gemeinschaft, in Frankreich sein Banner erblicken können. Es darf nicht sein, daß es in der Menschheit ein einziges Recht gibt, daß nicht hier seinen Schutz, einen einzigen unsterblichen Gedanken, der nicht hier seine Freistatt hat, eine einzige Eroberung der Zivilisation, die hier nicht garantiert wird. So muß es sein: wer dieses Land verletzt, verletzt alle anderen. Sprechen wir es aus: Wie die ganze heidnische Welt am Wohle des römischen Staates, so muß die ganze christliche Welt am Wohle des französischen interessiert sein.

(Jules Michelet): ... Wo sind denn Deine Schiffe, Deine Maschinen? sagt England und Deutschland: Wo sind Deine Systeme? Hast Du denn wenigstens, wie Italien, Werke der Kunst zu zeigen? Teure Schwestern, die ihr kommt, Frankreich zu trösten, laßt euch eines antworten. Schaut, Frankreich ist krank, ich sehe sein Haupt gebeugt, es will nicht sprechen. Wenn man aber aufeinanderhäufen wollte; was jede Nation an Blut und Gold, an Mühen jeglicher Art für uneigennützigte Dinge, die nur der Welt dienen sollten, aufgewendet hat, dann stiege die Pyramide Frankreichs bis zum Himmel ... und die Eure, all Ihr Nationen, die ihr hier seid, die Aufhäufung Eurer Opfer? - bis zum Knie eines Kindes würde sie reichen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):

>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt

und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne. Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

### **Gründung des Deutschen Reiches**

Das Deutsche Reich trat am 18. Januar 1871 die Rechtsnachfolge des im Jahre 1806 aufgelösten "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" an, deshalb handelte es sich wie in den Jahren 1919 und 1949 um keine Neugründung, sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419). Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte (Vier Königreiche: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg. Sechs Großherzogtümer: Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Weimar-Eisenach. Fünf Herzogtümer: Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen. Sieben Fürstentümer: Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß Ältere Linie, Reuß Jüngere Linie. Drei Freie Städte: Hamburg, Bremen, Lübeck) vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg im Jahre 1866 mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten", ohne Österreich-Ungarn, erreicht werden.

Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch in erster Linie gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der preußische König Wilhelm I. erklärte am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<

Wilhelm I. verkündete während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegेरischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<



*Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.*

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schrieb am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die

Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen endlich wieder unabhängig und handlungsfähig.

Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme rauften sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat mit 25 Ländern gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas.



Abb. 40 (x315/110): Das Deutsche Reich (1871-1918).

Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt.

Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war kein Obrigkeitsstaat, sondern eine halbparlamentarische Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.

Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.

Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte für das Heer, die Bahn und die Post. Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten, ca. 1 % der deutschen Bevölkerung. Von 1871-1892 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schrieb später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Regierung; denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/157-158): >>Das bedeutendste Ereignis des Krieges von 1870/71 war die Gründung des deutschen Kaiserreiches. Seit dem Siege von Sedan verhandelte Bismarck mit den süddeutschen Staaten, und schon am 18. Januar 1871 wurde in Versailles König Wilhelm I. zum erblichen Deutschen Kaiser ausgerufen.

Nach der Reichsverfassung, die aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorging, war das Deutsche Reich ein Bundesstaat, der auf Grund freiwilliger Zustimmung der Fürsten und freien Städte 22 monarchische Staaten, 3 freie Städte und das Reichsland Elsaß-Lothringen umfaßte.

Die ausführende Gewalt hatte der König von Preußen als Deutscher Kaiser. Er vertrat das Reich nach außen, berief den Bundesrat und Reichstag und ernannte den Reichskanzler, der dem Kaiser verantwortlich war für die Reichsämtler, die von Staatssekretären geleitet wurden. Die gesetzgebende Gewalt wurde durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die höchste Staatsgewalt hatte der Bundesrat, die Vertretung der verbündeten Regierungen, mit einer Stimmenzahl, die sich nach der Bevölkerungsziffer richtete. Daneben stand als Volksvertretung der Reichstag, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen aller Männer über 25 Jahre. ...

Den Bundesstaaten war in Kulturfragen große Selbständigkeit gelassen worden; Bayern und Württemberg erhielten Sonderrechte für ihr Heer bzw. ihre Post und für die Besteuerung von Branntwein und Bier. Das Übergewicht im Bundesrat hatte Preußen; sein König war Deutscher Kaiser und sein Ministerpräsident Reichskanzler und Vorsitzender im Bundesrat.

... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhaft Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<



*Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.*

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 22. März 2008) über das Deutsche Reich (x887/...): >>**Wann war das Dritte Reich?**

... Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde. ...

Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die

Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag". So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<

Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich von 1871 verfügte über die 3 klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten.

Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der bisherigen Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 kein ernstzunehmender Gegner der europäischen Großmächte, entwickelte sich nach der Reichsgründung sehr schnell zu einem wirtschaftlich und politisch bedeutenden europäischen Staat.

Der deutsche Michel war nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern. Der deutsche Michel zeichnete sich jeher durch große Ausdauer, Erfindungsgabe, Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Gutmütigkeit, Pünktlichkeit, Toleranz, Treue, Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit, aber auch durch politische Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.

Der Deutsche liebte vor allem geordnete Verhältnisse, scheute einschneidende Veränderungen und versuchte, aus jeder Lage das Beste zu machen. Er verhielt sich gegenüber seinen in- und ausländischen Nachbarn gewöhnlich friedfertig und wollte vor allem in Ruhe arbeiten und leben.

### **Bismarcks Außenpolitik**

Für Europa bedeutete die Gründung des Deutschen Reiches eine vollständige Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Die Gründung des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges im Jahre 1866 und des französisch-preußischen Krieges von 1870/71 das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner.

Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, sollte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen

Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wollte Reichskanzler Bismarck weitere Konflikte mit anderen Großmächten unbedingt vermeiden, deshalb war Bismarcks Außenpolitik von defensiven und absichernden Bündnissen geprägt. Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schloß zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Verständigung, das sogenannte "Dreikaiserabkommen", das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampfflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohten Rußland mit Krieg.

Bismarck hielt sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versuchte beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen konnte schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obgleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelte, fühlte sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis war nach dem Berliner Kongreß empfindlich gestört und es entwickelte sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wurde zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken mußten große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wurde anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen war niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges im Jahre 1877/78 im Balkan vorzudringen, endete für Rußland enttäuschend. Rußland erhielt lediglich Bessarabien und Teile Armeniens, Rumänien bekam zum Ausgleich die Dobrudscha. Die russische Expansionspolitik richtete sich danach verstärkt gegen Persien und Afghanistan und gegen China und Japan. Rußland gab seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlte sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen im Jahre 1878 Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führte schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei

einem russischen Angriff garantierte (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).

Am 20. Mai 1882 schlossen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indirekt beitrug.

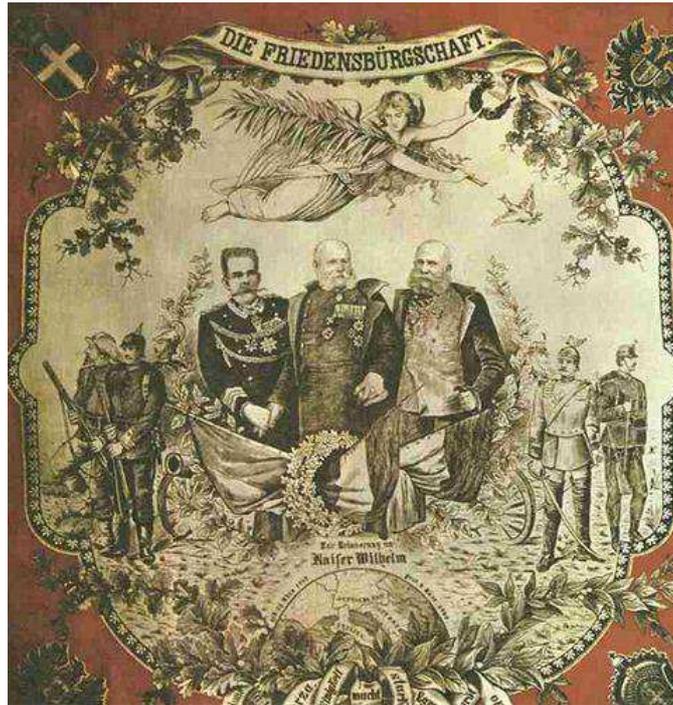


Abb. 42 (x065/324): Die "Friedensbürgerschaft" im Dreibund Italien-Deutschland-Österreich von 1882.

Der Dreibund war ein geheimes Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien. Die Bündnispartner verpflichteten sich bei einem Angriff von Großmächten zur gegenseitigen Hilfe. Das Bündnis richtete sich in erster Linie gegen Frankreich und gegen Rußland. Der Dreibund verlor nach dem französisch-italienischen Neutralitätsvertrag (1902) an Bedeutung und wurde 1914/15 von Italien gekündigt.

Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik in Hinterindien, Nordafrika sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat im Jahre 1885 eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein. Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm im Jahre 1887 ihren Anfang und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte im Jahre 1872 ein Verteidigungsbündnis - das sog. Dreikaiserabkommen - zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später (im Juni 2009) über die Außenpolitik des Deutschen Reiches (x878/...): >>... Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? ...

Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.

Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte ... mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.

Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in die Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.

Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftli-

che Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.

Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosphorus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.

Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. ...<<

### **Bismarcks Innenpolitik**

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und besonders die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der 1870 gegründeten katholischen Zentrumsparterie sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo dem XIII., den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes - Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc. - zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt hatte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen des Marxismus bzw. Sozialismus angenommen hatte und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen: "Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen".

Im Deutschen Reich wurde im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.



Abb. 43 (x056/215): Ein sozialpolitischer Rechenschaftsbericht.

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze - Krankenkassenversicherung im Jahre 1883, Unfallversicherung im Jahre 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung im Jahre 1889 - durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

### Das Dreikaiserjahr

Kaiser Wilhelm der I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Friedrich III., der gründlich auf die Regierungsübernahme vorbereitet war, wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.

Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit starb, übernahm sein 29-jähriger Sohn Wilhelm den Kaiserthron des Deutschen Reiches.

Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/...): >>>Gehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter

dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. ...

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

### **Bismarcks Rücktritt**

Im Januar 1890 lehnte der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung ab. Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzte, wurde Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil bzw. die "Vormundschaft des Alten" nicht länger zu akzeptieren.

Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. fast unehrenhaft entlassen.



*Abb. 45 (x145/153): Als 1890 Kaiser Wilhelm II. den Reichskanzler Bismarck entließ, veröffentlichte die englische Zeitung "Punch" diese Karikatur "Der Lotse geht von Bord".*

Otto von Bismarck schrieb später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...

Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<

Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh - im Sachsenwald bei Hamburg - zurück.

Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis. Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.

Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204): >>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.

Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<

>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<

Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb,

wurde sein langer Totenkampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1998) über Bismarcks Lebensweg (x887/...): >>Politisches Werden Otto von Bismarcks zum Reichskanzler und aktuelle Bezüge seiner Politik für uns

... Doch er ahnte auch die Gefahren, die dem Reich nach seinem Abgang drohten. ... Und aus dem Jahre 1898 sind seine Worte überliefert: "Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn es so weiter regiert wird."

1918 brach in der Tat das Deutsche Reich militärisch zusammen, es brachen seine drei großen Stützen, die Dynastien, das Heer und die obrigkeitliche Staatsmacht.<<

## **Kaiser Wilhelm II.**

Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser Wilhelm II schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde.

Der Diplomat Friedrich von Holstein, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und sogenannte "graue Eminenz", wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflusste (x069/89).

Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich "in dem die Sonne nicht unterging".

Der ehrgeizige deutsche Kaiser war nicht bereit, sich weiterhin von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte zu stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen: "Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser".

Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, wie z.B. die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899, verschärfen zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.

Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen. Wilhelm II. war ein unerfahrener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte nicht selten unüberlegte Reden und beging im Verlauf seiner Regierungszeit unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt in Serbien verstrickten.

Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich - die sog. "verspätete Nation" - sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen.

## **Die Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches**

Die gesellschaftliche Ordnung der damaligen Epoche kannte noch kein demokratisches Wahl-

recht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen und in anderen Bundesstaaten war von 1849 bis 1918 vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wurde im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" neu gegründet, aber die damalige Politik dominierten in erster Linie Adel, Industrielle und bürgerliche Großgrundbesitzer.

Der Einfluß der restlichen Parteien blieb zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums wurden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter. Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisierten damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhielt bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellte 35 Abgeordnete.

Obleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gab es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger.

Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke, wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900, und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Thomas Woodrow Wilson, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident, lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<

Die US-Professorin für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, berichtete später (am 28. November 2009) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >> ... Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas

In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer - Frauenwahlrecht gab es noch nirgends - seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.

Nur die Griechen und Franzosen ... durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965.

Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente.

Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.

Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen

boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. ...

Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. ...

Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.

In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihnen sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.

Andersons Buch "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. ...<<

### **Vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation**

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges von 1870/71, der konsequenten Industrialisierung und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatischen Marktes, begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

Ab 1872 wurden die Kohleförderung, Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert. In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe, wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und die Daimler Werke. Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige, wie z.B. Arzneimittel, Farbstoffe etc. Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn verbesserten nach 1897 das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>... Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfertigung im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

### **Die Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte (1870-1899)**

Das 19. Jahrhundert wurde besonders von den Kämpfen um Kolonien in Afrika und Asien geprägt.

In den Jahren 1804-1883 wurde der Sklavenhandel verboten und abgeschafft. Die Sklaven-

händler der europäischen Kolonialmächte verschleppten in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104). Die internationalen Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkamen, schwanken zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).

Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplünderten - menschenverachtender Sklavenhandel etc. -, erwarben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher, wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann, erst in den Jahren 1883-1885 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden.

Die deutsche Kolonialpolitik wurde später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern. Die deutschen Kolonien besaßen für das Deutsche Reich keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie waren größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 betrug die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importierte (x074/1.006).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsche Außenpolitik (x307/194-195): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. ...

Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.

Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. ...<<

Der französische Ministerpräsident Jules Ferry schrieb im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte beispielsweise die französische Flagge in Tongking eingeholt werden, wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.

Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei ...

Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Seßhaftigkeit ... beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?

Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<

Der spätere Ministerpräsident der britischen Kapkolonie, Cecil Rhodes, erläuterte im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht

ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da Gott offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.

Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<



Abb. 46 (x192/403): Cecil John Rhodes (1853-1902) wurde 1890 Premierminister der Kapkolonie. Er träumte davon, die britische Flagge in ganz Afrika aufzupflanzen.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den britischen Kolonialpolitiker Cecil Rhodes (x281/16): >>... Der Mann ging als der rücksichtsloseste Kolonialisierer in die afrikanische Geschichte ein. Sein Schlachtruf überdauerte die Jahrhunderte: "Ausdehnung ist alles."

Die Hymne seiner Soldaten war befeuert vom Überlegenheitsgefühl, das sich zur Unterstützung gern auch der gerade erfundenen Maschinengewehre vom Typ "Maxim" bediente:

Vorwärts Ihr königlichen Soldaten, auf ins heidnische Land.

Die Gebetsbücher in Euren Taschen, die Gewehre in der Hand.

Tragt die ruhmreiche Botschaft dorthin, wo gehandelt werden kann, es ist nicht schwer verbreitet die Botschaft – mit einem Maxim-Gewehr. ...<<

Die englische Zeitung "The Times" berichtete am 2. März 1893 über die Rede des liberalen Politikers Lord Rosebery (x239/173): >>Wir sind im Augenblick damit beschäftigt, "Schürfrechte für die Zukunft abzustecken", wie es in der Sprache der Bergleute heißt.

Was wir ins Auge zu fassen haben, ist nicht, was wir im gegenwärtigen Augenblick nötig haben, sondern was wir in Zukunft einmal nötig haben werden.

Wir haben in Erwägung zu ziehen, welche Länder entweder von uns oder gegebenenfalls von einer anderen Nation entwickelt werden müssen, und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß es ein Teil unserer Verantwortlichkeit und der uns überkommenen Verpflichtung ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geprägt werden kann, angelsächsischen und nicht einen anderen Charakter erhält. ...

Wir müssen die Blicke ... auf die Zukunft des Volkes richten, ... und meiner Meinung nach würden wir ... völlig versagen, wenn wir vor der Verantwortung zurückschrecken und den Anteil nicht annehmen sollten, der uns im Zuge der Aufteilung der Welt zufällt. ...<<

Als man in den Burenstaaten Transvaal - heute Südafrikanische Republik - und Oranje-Freistaat riesige Gold- und Diamantenfelder entdeckte, strömten Tausende von Engländern in das Land. Cecil Rhodes, von 1890 bis 1896 Ministerpräsident der englischen Kapkolonie, "einer der größten Imperialisten seiner Zeit", organisierte daraufhin 1895/96 einen Aufstand in der Südafrikanischen Republik, der jedoch von den Buren niedergeschlagen wurde.

Während des "Burenkrieges" von 1899-1902 setzten sich die Buren erbittert zur Wehr.

Der britische Oberbefehlshaber Lord Horatio H. Kitchener ließ damals in Südafrika erstmalig Konzentrationslager für Frauen, Kinder und Greise einrichten, um den Widerstand der kämpfenden Männer zu brechen (x069/75).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/19,20): >>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Unternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?

Als die ersten Fabriken ihre Arbeit aufnahmen und wenig später auch die großen Kriegsschiffe unter Dampf vom Stapel liefen, hatte ein Typus Mensch seinen Auftritt, der im kollektiven Gedächtnis als Widerling überlebte. Er war bemerkenswert schon deshalb, weil er sich dazu bekannte, ein Raufbold zu sein. Er nannte sich Imperialist, was so rücksichtslos klang, wie es gemeint war. Kunst und Kultur waren sein Dekor, der Gewaltanwendung im Inneren wie im Äußeren aber galt seine Leidenschaft, die Welt war für ihn ein großer Abenteuerspielplatz.

Englands Königin Victoria schickte die Royal Navy in aller Herren Länder, um ein Territorium zu erobern, das ihr Heimatland um ein Vielfaches übertraf. Spaniens Herrscher führten allein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fünf überseeische Kriege, die zum Ärger des Königshauses allerdings alle verloren gingen. Napoleon hat von seinen 16 Jahren an der Spitze Frankreichs kaum eines ohne Krieg ausgehalten. Der Freiheitsruf des französischen Bürgertums – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie,

Artillerie.

Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt.  
...<<

>>... Die Mächtigen lebten wie die Fische im Wasser, es umgab sie eine Gesellschaft, in der die Sitten so ungehobelt waren wie die Sprache. Schriftsteller und Verleger, die Männer der Wirtschaft und die Mehrzahl der kleinen Leute feuerten ihre Präsidenten und Kaiser an, nur ja kein Pardon zu geben.

In England legte Charles Darwin seine Theorie vom "Kampf ums Dasein" vor, wonach nur die "Passendsten" überlebten. In Amerika sprach man von der "auserwählten angelsächsischen Rasse" ...

In Deutschland fühlte man sich in ähnlicher Weise auserwählt, Großes und sogar Größtes zu leisten. An jeder Straßenecke war im ausgehenden Jahrhundert von Weltherrschaft die Rede.  
...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.

Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.

Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche - Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien - schon seit 300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.

Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt - es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen -, häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.

Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. ...

Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.

In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen ...

Ein Reich nach dem anderen fiel - 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaja und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde. Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen sowie in Burma im Osten ... beständig ausweiten können. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Mi-

litärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.

Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.

Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. Der Wohlstand im Westen stieg, der Welthandel erlebte seine vorläufige Blüte. Die Tonnage der Handelsschiffe hatte sich von 1850-1875 vervierfacht und stieg in den folgenden vier Jahrzehnten nochmals um das Doppelte. Ein kraftvolles Europa war auf dem Zenit seiner Macht und seines Ansehens in der Welt angekommen. ...

Die Imperialisten der ersten Stunde kannten keine Scham. Sie kamen als Besatzer und Protektorsverwalter, als Förderer ihrer heimischen Wirtschaft und kühl kalkulierende Zerstörer all dessen, was dabei hinderlich war.

Auf kulturelle Traditionen und Menschenleben wurde keine allzu große Rücksicht genommen, der Imperialist war ein Angreifer aus Überzeugung, der Mitleid als Ausdruck von Willensschwäche empfand. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später (im Juni 2009) über die deutsche Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert (x878/...): >>... **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland**

Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1870/1871 fand in einem europäischen Kontext statt, in dem die bestimmenden großen Mächte, Großbritannien, Frankreich und Rußland eine seit Jahrhunderten eingespielte und erprobte Interessenpolitik verfolgt und abgesteckt hatten.

Der Neuankömmling, das Deutsche Reich, mußte seine Rolle erst finden und seine Interessen so definieren, daß sie im Abgleich mit den Interessen der Nachbarn stabile und tragfähige Verhältnisse in Europa ermöglichten. Das war nicht geglückt, wie man weiß.

Die Interessen Großbritanniens können knapp mit der Aufrechterhaltung eines europäischen "Gleichgewichts der Mächte", der "Balance of Power" beschrieben werden. Sie garantierte England die Seeherrschaft und gab ihm die Rolle eines Schiedsrichters und Züngleins an der Waage in den Machtkämpfen auf dem europäischen Kontinent. Stets fand sich London auf der Seite derer, die den Machtzuwachs eines kontinentalen Rivalen und die Erringung einer hegemonialen Vorherrschaft bekämpften. ...

Wichtig war für London die Herrschaft auf den Weltmeeren als Voraussetzung für den Auf- und Ausbau des Empire, des gigantischen Kolonialreiches, das auszubeuten war und dem Heimatland enorme Reichtümer zuführte. Zum britischen Konzept gehörte auch, an der England gegenüber liegenden Kanalküste keine Präsenz einer starken europäischen Kontinentalmacht zu dulden, die die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte. Insgesamt handelt es sich um klare Interessenpositionen, die in Jahrhunderten gegen andere Mächte in erbitterten und langwierigen Kriegen durchgesetzt und siegreich behauptet worden waren. ...

Frankreichs Interessen waren die der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Zunächst mußte Frankreich das Haus Habsburg zurückdrängen, das in Europa bis ins 17. Jahrhundert unter anderen die Landmassen der österreichischen Erblande einschließlich Böhmen und Mährens, Spanien, das heutige Belgien und jenseits des Atlantik Mittel- und Südamerika beherrschte.

Nach den Wirren der Religionskriege war es Richelieu Anfang des 17. Jahrhunderts gelungen, Frankreich zu zentralisieren und sein inneres Machtgefüge so zu festigen, daß es nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden 1648 zur stärksten Kontinentalmacht aufstieg.

Voraussetzung war eine entscheidende Schwächung der Habsburger, die eine Zerstückelung Deutschlands in "souveräne" Einzelstaaten einschloß. Der Habsburger Kaiser konnte in

Deutschland nicht die Oberhoheit und dieselbe Zentralisierung durchsetzen, wie sie in Frankreich Richelieu gelungen war. Im Dreißigjährigen Krieg waren die Anläufe der Habsburger Kaiser endgültig gescheitert.

Frankreichs Interesse bestand in der Folgezeit darin, die Kleinstaaterei in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die bayrisch-habsburgischen und habsburgisch-preußischen Rivalitäten in Deutschland galt es zu schüren, das Souveränitätsstreben der deutschen Kleinstaaten zu stärken und die Bundesverfassung, sei es in Form des Heiligen Römischen Reiches bis Ende des 18. Jahrhunderts und des Deutschen Bundes nach 1815 zu schwächen. ...

Rußland war erst verhältnismäßig spät in das europäische Mächtekonkordat eingetreten. Der Durchbruch als östliche Flügelmacht erfolgte mit Zar Peter und Zarin Katharina im 17./18. Jahrhundert, endgültig in den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Rußland war an einer ungehinderten Ausdehnung seiner Macht auf dem eurasischen Kontinent nach Osten interessiert, der nicht durch europäische Mächte wie Schweden im 17. Jahrhundert oder Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts behindert werden sollte.

Eine potentiell bedrohliche Machtzusammenballung in Mitteleuropa stand im Gegensatz zu russischen Interessen. Vielmehr war Rußland an einer Mittelmacht in Mitteleuropa mit Anlehnungsbedürfnis an Rußland interessiert, die gegebenenfalls russische Interessen wahrnehmen konnte und würde. Diese Macht fand sie in Preußen, das nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon nur aufgrund russischer Unterstützung nicht untergegangen war. Rußland suchte außerdem den offenen Zugang zum Meer in der Ostsee, aber auch über den Bosphorus. Den Anschluß an die technologische Entwicklung in Europa hatte Rußland früh als vital erkannt, blieb jedoch schwankend im Hinblick auf kulturelle Einflüsse. ...

Alles hätte so bleiben können, wie es war, wäre da nicht der Ehrgeiz der Deutschen gewesen, nun selber auch einen Nationalstaat zu gründen und damit an der allgemeinen europäischen Entwicklung teil zu haben. Die Deutschen waren nicht die einzigen, die an der bestehenden internationalen Ordnung rüttelten. Das gleiche galt für Italien, die Völker Mittel- und Osteuropas und des Balkan. Auch sie strebten nationale Einheit und Unabhängigkeit an.

Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/1871 veränderte die internationale Lage in Europa entscheidend. Frankreich hatte im Verlauf der deutschen Einigungskriege, die auch Italien einbezogen, nicht nur den deutsch-französischen Krieg sondern auch den Status als stärkste Kontinentalmacht verloren. Rußland mußte erkennen, daß das Deutsche Reich kein größeres Preußen war, das im außenpolitischen Orbit von Rußland verharrte, sondern zunehmend eine Politik aus eigenen Interessen verfolgte. Das galt besonders für den Balkan, wo Deutschland den Verbündeten Österreich-Ungarn stützte und sich mit dem Osmanischen Reich liierte, was im Zarenreich mit wachsendem Groll als Behinderung russischer Interessen wahrgenommen wurde.

Großbritannien schließlich hatte schon die deutsche Einigung mit Mißtrauen betrachtet.

Deutschland war stärkste Kontinentalmacht geworden - für London prinzipiell ein Grund erhöhter Wachsamkeit und Mißtrauens. Die demographische und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands nach 1870/1871 konnte das Mißtrauen nur verstärken, zumal Deutschland auch wirtschaftlich immer mehr als Konkurrent empfunden wurde. ...<<

### **Die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches und der damaligen gegnerischen Großmächte**

Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 wurden die meisten deutschen Industrieprodukte von mißgünstigen ausländischen Konkurrenten gewöhnlich als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte jedoch im Jahre 1880 bereits Güter im Wert von 6,0 Milliarden Goldmark und belegte damit den vierten Platz hinter den führenden Exportnatio-

nen Großbritannien, Frankreich und USA (x256/1).

Infolge der überhasteten Industrialisierung verschuldete sich Rußland von 1880-1910 hoffnungslos bei den westeuropäischen Staaten - Deutsches Reich, Frankreich und England - und bei Nordamerika.

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft.

Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain erklärte 1887 im Parlament (x233/117):  
>>Das Reich ... ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf den Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren. ...

Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das Vereinigte Königreich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden. ... Ist es nicht ... sicher, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unseren Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? ...

Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft ... ausgeschlossen würden.<<

Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/-237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die nordamerikanische Wirtschaftskraft am Ende des 19. Jahrhunderts (x281/52-53): >>Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von Amerika wuchs in den Jahren 1870 bis 1880 je Einwohner um 2,7 Prozent. Die Briten schafften nicht mal das halbe Tempo. Und so ging es weiter bis zum Kriegsbeginn: plus 1,5 Prozent Wachstum je Einwohner in den USA über 30 lange Jahre, in denen Großbritannien nur noch zwei Drittel davon schaffte. Der relative Abstieg des Empires hatte begonnen.

Die Vereinigten Staaten überrundeten schließlich ihr wichtigstes Herkunftsland auch absolut. eine neue Supermacht zeigte sich der Welt, wenn auch am Ende des 19. Jahrhunderts erst schemenhaft. ...<<

Die englische Zeitschrift "Saturday Review" berichtete am 11. September 1897 (x237/221):  
>>Überall ... liegt ein deutscher Handlungsreisender mit einem englischen Hausierer im Streit. Gibt es irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltbarkeit zum Schnapshandel zu bekehren – ein Deutscher und ein Engländer streiten um den ersten Platz.

Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, den die Welt je gesehen hat. ...<<

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1900 Güter im Wert von 10,4 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Im Jahre 1910 verkaufte die deutsche Exportwirtschaft Güter im Wert von 16,4 Milliarden

Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser berichtete später über die damalige Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches (x261/147): >>Das arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...

1914 nahm das Reich mit einem Außenhandelsvolumen von 25 Milliarden Francs nach England die zweite Stelle unter den Handelsstaaten der Erde ein. Es war zum zweitgrößten Erzeuger von Roheisen und Eisen geworden und übertraf damit sogar England, während es in der Weltstahlproduktion ebenfalls an zweiter Stelle stand. Seine Handelsflotte, die 1870 noch kleiner als die unsrige war, wurde 1913 lediglich von der englischen und amerikanischen übertroffen. ...

Das bis dahin arme Deutschland wurde mit einem Schlag reich. Sein Gesamteinkommen wurde 1895 auf 21 Milliarden Mark geschätzt; 1913 bewegten sich die Schätzungen zwischen 40 und 50 Milliarden, und das deutsche Volksvermögen wurde auf jetzt 320 Milliarden Mark taxiert. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die damalige Entwicklung des deutschen Exporthandels (x057/184-187): >>Etwa vier Fünftel der in den Fabriken hergestellten Waren fanden in Deutschland Absatz, das übrige dagegen mußte auf ausländischen Märkten verkauft werden. Da gleichzeitig der Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln wuchs, vergrößerte sich der Welthandel Deutschlands beständig.

In der ganzen Welt waren die deutschen Waren angesehen, und der deutsche Kaufmann trat in scharfen Wettbewerb mit den englischen Kaufleuten, die bisher allein den Weltmarkt beherrschten. Selbst in England fanden die deutschen Waren Absatz, so daß die englische Regierung den Stempel "Made in Germany" für deutsche Waren verlangte, um sie zu verdrängen. Aber diese Maßnahme wurde zur besten Empfehlung der billigen und guten deutschen Erzeugnisse.

Vor dem ersten Weltkrieg hatte ... der Gesamthandel Deutschlands - Ein- und Ausfuhr - den zweiten Platz in der Welt errungen und reichte nahe an denjenigen Englands heran ... Dabei hatte sich der deutsche Handel seit 1890 um das Vierfache, der englische nur um das Doppelte vermehrt. ...

Die bedeutsame Entwicklung des deutschen Handels wäre nicht möglich gewesen ohne den ungeheuren Aufschwung des Verkehrs. ... Zahlreiche Kanäle, wie z.B. Dortmund-Ems, Mittellandkanal, Berlin-Stettin, verbilligten die Beförderung von Massengütern. Duisburg entwickelte sich zum größten Binnenhafen. Neben den Wasserstraßen besaß Deutschland das größte Eisenbahnnetz auf dem Festland, den stärksten Briefverkehr und das größte Telephonnetz Europas. ...

Für den Überseeverkehr baute Deutschland seit 1890 nur noch auf eigenen Werften seine Handelsschiffe und besaß 1914 die größten Schifffahrtsgesellschaften, die besteingerichteten Dampfer für den Personenverkehr und die zweitgrößte Handelsflotte der Welt. Der Hamburger Hafen wurde zum größten Seehafen Europas ausgebaut und mit Bremen zum wichtigsten Einfuhrhafen Deutschlands. Die Seeschifffahrt beherrschte nicht nur die von Deutschland ausgehenden Linien, sondern betätigte sich vielmehr auch im Verkehr zwischen fremden Häfen.

Die deutsche Handelsflagge wehte in allen Weltmeeren, in den neuerworbenen Handelsniederlassungen und in den deutschen Kolonien, die sich aus bescheidenen Anfängen gut entwickelt hatten. ...

Infolge dieser Wirtschaftsblüte wurde Deutschland immer weiter mit der Weltwirtschaft verflochten, woraus Neid und Mißgunst der übrigen Weltmächte, besonders Englands und eine bedenkliche Abhängigkeit vom Ausland entstanden.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Entwicklung des Welthandels bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x281/46-47): >>... Die Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten hatten sich über die Jahrzehnte verschärft. Denn der wachsende Wohlstand besaß von Anfang an einen Zwillingsbruder, der ihm auf Schritt und Tritt folgte: die Angst. Wo immer sich das Leben verbessert, folgt die Befürchtung, im nächsten Moment könne alles vorbei sein. Das Streben nach Wohlstand und die Angst ihn zu verlieren, sind bis heute die zwei wichtigsten Antreiber der neuzeitlichen Geschichte.

Das englische Königreich wirkte früh schon erschöpft. Der schnelle Aufstieg vom Inselvolk zur Weltmacht hatte die politischen und ökonomischen Kräfte überdehnt. Die Neuerwerbungen in Übersee mochten prestigeträchtig und exotisch sein, rentierlich waren sie oft nicht. Zu den Kosten der Eroberung kamen die Kosten der Besatzung hinzu, die schnell ins Unermeßliche steigen konnten.

Wer gehofft hatte, mit dem Quadratmeilen-Imperialismus das Fundament für den weltgrößten Binnenmarkt gelegt zu haben, sah sich getäuscht. Englands Bedeutung für die Weltwirtschaft schrumpfte. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion hatte bereits 1913 den der Engländer überholt.

Das Deutsche Reich war allein schon aufgrund seiner Einwohnerzahl ein großer Brocken, der jährlich schwerer wog. Aus den 40 Millionen Deutschen des Jahres 1870 waren vor Kriegsbeginn 65 Millionen geworden. In Europa lebten nur in Rußland mehr Menschen.

Durch seine Mittellage war das Reich politisch zwar im Zentrum aller Konflikte, aber der Handel profitierte. Die deutsche Industrielleistung schoß empor, überragte bald die Nachbarstaaten. Aus den deutschen Hochöfen floß in den Jahren vor Kriegsbeginn mehr Rohstahl, als Franzosen, Russen und Engländer gemeinsam produzierten. Auch die neu entstandene chemische Industrie war ein Glanzstück. Mit Firmen wie Bayer, BASF und Hoechst produzierte sie damals rund 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...

Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.

Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zetern zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchten. ...

Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte – die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand – arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.

Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen

Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.

So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.

In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. ...

Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<

### **Die Weltmachtpolitik der imperialistischen Großmächte**

Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).

Die größten Kolonialbesitzer im Jahre 1890 waren (x056/284): >>1. Großbritannien (32,7 Millionen qkm Fläche), 2. Rußland (17,3 Millionen qkm Fläche), 3. Frankreich (11,0 Millionen qkm Fläche), 4. Deutsches Reich (2,6 Millionen qkm Fläche), 5. Portugal (2,1 Millionen qkm Fläche), 6. Niederlande (2,0 Millionen qkm Fläche) und 7. Nordamerika (1,9 Millionen qkm Fläche).<<

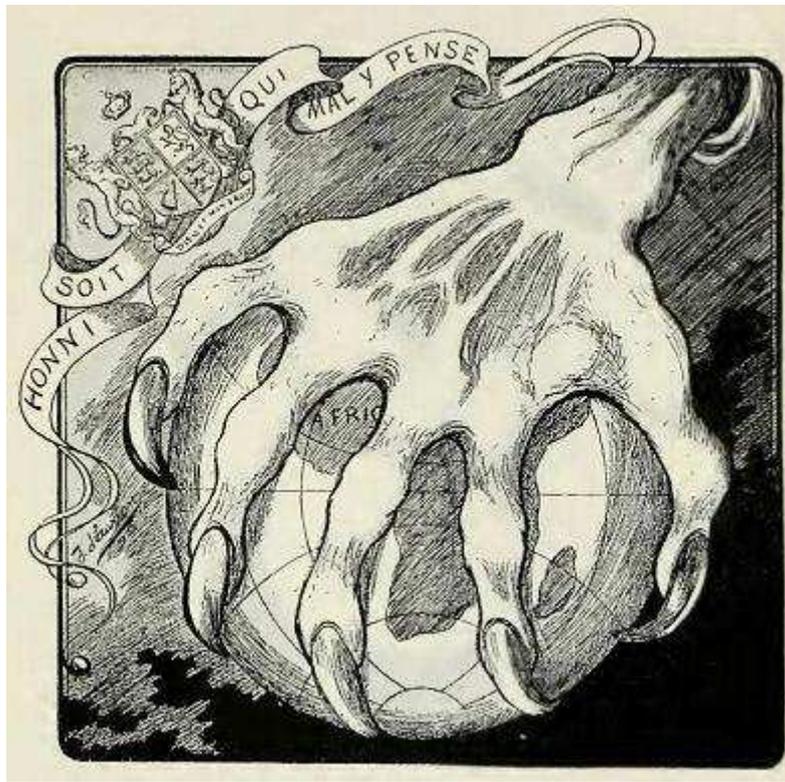


Abb. 47 (x058/74): *Der Erdball in den Krallen Englands ...* (Französische Karikatur, 1899).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Erfolge des britischen Imperialismus (x281/37): >>Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beherrschte das Britisch Empire rund 20 Prozent der bewohnten Erdoberfläche und der Weltbevölkerung. Jeder Engländer hatte damit statistisch über acht Menschen das Sagen, auf jeden Quadratkilometer des Heimatbodens kamen 100 Quadratkilometer fremden Territoriums.

Frankreich die zweitgrößte Kolonialmacht der damaligen Zeit, konnte da nicht mithalten. Jedem Franzosen stand gerade mal ein Untertan gegenüber. Ein Quadratkilometer französischen Bodens wurde durch 18 Quadratkilometer andernorts ergänzt. ...<<

Frankreich und Rußland schlossen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis sollte in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund - Deutschland, Österreich und Italien - bilden.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über das französisch-russische Militärbündnis (x307/172-173): >>Die Wurzeln des französisch-russischen Bündnisses sind in jener Situation zu suchen, die in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1870 entstanden war. Jahrhundertlang war das deutschsprachige Zentrum Europas zersplittert und schwach gewesen; auf einmal war es vereint und stark. Seit dem Krieg von 1870 gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich schwierig.

Schon das Ausmaß des deutschen Sieges über Frankreich - ein Sieg, den die wenigsten Zeitgenossen erwartet hatten - hatte die französische Oberschicht traumatisiert, und eine Krise ausgelöst, die weit in die französische Kultur hineinreichte; die Annexion Elsaß-Lothringens aber, für die sich das Militär vehement ausgesprochen und der deutsche Kanzler Otto von Bismarck widerwillig akzeptiert hatte, belastete die französisch-deutschen Beziehungen nachhaltig. Elsaß-Lothringen entwickelte sich zum Heiligen Gral des französischen Revanchekultes, der zum Brennpunkt aufeinanderfolgender Wellen der chauvinistischen Agitation wurde. Die verlorenen Provinzen waren niemals die einzige treibende Kraft hinter der französischen Politik.

Aber immer wieder heizten sie die öffentliche Meinung auf und übten ständig Druck auf die Entscheidungsträger in Paris aus. Auch ohne die Annexion hätte jedoch schon allein die Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehung zu Frankreich verändert, dessen Sicherheit traditionell durch die Zersplitterung des deutschsprachigen Europas garantiert worden war.

Nach 1871 mußte Frankreich notgedrungen nach jeder sich bietenden Chance Ausschau halten, die neue, Angst einflößende Macht an der östlichen Grenze einzudämmen. Eine dauerhafte Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland war folglich bis zu einem gewissen Grad in dem europäischen Staatensystem vorprogrammiert. Die welthistorische Bedeutung dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Beziehungen unter den europäischen Staaten sollten künftig von einer neuen, bislang unbekanntem Dynamik erfaßt werden.

In Anbetracht der Größe und des militärischen Potentials des neuen Deutschen Reiches lautete das Hauptziel der französischen Außenpolitik zwangsläufig die Eindämmung Deutschlands durch die Bildung eines antideutschen Bündnisses. Der attraktivste Partner für eine derartige Partnerschaft war, trotz des völlig andersartigen politischen Systems, Rußland. ...

Falls es soweit kommen sollte, sähe sich Deutschland der Gefahr eines potentiell feindlichen Bündnisses an zwei separaten Fronten gegenüber.<<

Der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Fürst von Bülow, erläuterte am 6. Dezember 1897 in einer Rede vor dem Reichstag die Machtansprüche des Deutschen Reiches (x056/308, x073/28): >>Die Zeiten, wo Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin wohnt, diese Zeiten sind vorüber. ...<<

>>... Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die

deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. ... Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden.

Mit einem Wort: Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die damalige Weltpolitik des Deutschen Reiches (x307/207-208): >>... Die konkreten Errungenschaften der Weltpolitik nach 1897 fielen entsprechend bescheiden aus, insbesondere gemessen an den Eroberungen der Vereinigten Staaten:

Während sich Deutschland die Marianen und die Karolineninseln, einen Teil Samoas und den kleinen Brückenkopf Kiautschou an der chinesischen Küste sicherte, führten die Vereinigten Staaten gegen Spanien einen Krieg um Kuba und verleibten sich in dessen Verlauf 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Guam ein; sie erklärten im selben Jahr Hawaii offiziell zu ihrem Besitz und führten auf den Philippinen einen häßlichen Kolonialkrieg (1899-1902), der zwischen 500.000 und 750.000 Filipinos das Leben kostete.

Ferner erwarben sie 1899 einen Teil der Samoa-Inseln und bauten anschließend einen Kanal durch die mittelamerikanische Landenge, unter dem Schutz einer Kanalzone unter eigener Verwaltung, die, wie der Außenminister ausdrücklich betonte, auf dem Kontinent Südamerika "de facto souverän" sei.<<

Nach Erschließung des Kontinents strebte die neue Großmacht USA ab 1897 die systematische Ausweitung ihres politischen und wirtschaftlichen Machtbereiches an (x233/121): >>...

Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen.

Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es in steigendem Maß. Die Lage der USA zwischen 2 alten Welten und 2 großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch. ...<<

Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna traten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein.

Der Krieg gegen die Militärmacht USA führte im Jahre 1898 schließlich zur militärischen Niederlage Spaniens. Nach der Vernichtung der spanischen Flotte mußten die Philippinen, Puerto Rico und Guam an die Vereinigten Staaten von Amerika abgetreten werden. Kuba wurde zum Schutzgebiet erklärt und bis 1909 von US-Gouverneuren verwaltet. Der spanisch-amerikanische Krieg wurde durch den Frieden von Paris beendet.

Der Krieg mit den USA liquidierte schließlich die spanische Kolonialmacht und führte zur vollständigen Auflösung des spanischen Reiches in Übersee. Die verlorenen Kolonien und die Niederlage im spanisch-amerikanischen Krieg verletzten nicht nur den ausgeprägten Nationalstolz der Spanier, sondern sie belasteten auch nachhaltig die spanische Innenpolitik. Die Spannungen innerhalb der spanischen Bevölkerung verschärfen sich und das Ansehen der Regierung ging weitgehend verloren.



Abb. 48 (x239/189): "Der Schutzmänn der Welt" – amerikanische Karikatur auf Theodore Roosevelts "Politik des großen Knüppels", 1905.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die "neuen Imperialisten" USA und Deutsches Reich (x281/16-17): >>Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts meldeten sich auch jene unmißverständlich zu Wort, die sich bisher eher zurückgehalten hatten, Amerikaner und Deutsche. Beide Nationen wollten mitreden, wenn es um die Neuaufteilung der Erdkugel ging.

Die USA, so ihr damaliger Präsident Theodor Roosevelt, mußten "mit sanfter Stimme sprechen, aber einen dicken Knüppel in der Hand halten". Der dicke Knüppel war die eigene Seestreitmacht, deren Aufbau er zügig vorantrieb.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war bald weit über die Grenzen seines Reiches hinaus bekannt als Freund einer Sprache, in der Größenwahn und die Geringschätzung seiner Zeitgenossen unverstellt zum Ausdruck kamen. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete über das deutsch-britische Verhältnis im Jahre 1898 (x283/193-194): >>... Die Konkurrenz verschärfte sich. England fühlte sich seit 1898 vom deutschen Flottenbau akut bedroht. Das gilt nicht zuletzt für die rasch expandierende zivile deutsche Seefahrt, die den Briten Handelsrouten abnahm, ja ihnen den Rang abzulaufen drohte.

Hätte Berlin hier eingreifen sollen? Welche Regierung der Welt bremst den Aufstieg ihrer Wirtschaft, nur um den Neid der Nachbarn zu meiden? Unter der Devise "Rule Britannia, rule the waves!" hatten englische Kanonen seit dem 16. Jahrhundert Flotten anderer Seemächte konsequent versenkt, so die der Spanier, Franzosen, Holländer und Dänen. Das sollte auch der Deutschen blühen. Vielleicht hätte Berlin weniger Kriegsschiffe auf Kiel legen und darauf vertrauen sollen, daß die zivile Schifffahrt unbehelligt blieb. Daran aber zweifelte man.

Mochte Berlin noch so treuherzig versichern, die eigenen Schlachtschiffe dienten einzig und allein dem Schutz der Heimat, der Handelsrouten und der Kolonie, so wurde doch schamhaft verschwiegen, vor wem diese denn geschützt werden sollten. ...<<

Russische Truppen besetzten im Jahre 1900 die Mandschurei in China. Im Verlauf dieser Mi-

litäraktion ertränkten Kosaken und russische Polizisten im Juli 1900 in Ostsibirien, an der Grenze zur Mandschurei, mehrere tausend chinesische Zivilisten im Grenzfluß Amur.

Ein Vertrauensmann des Zaren erklärte im Jahre 1900 (x233/124): >>Asien ist seinem ganzen Umfang nach im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands. ...

In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen. ...<<

Im Jahre 1901 begannen in Persien die ersten Erdölbohrungen.

Frankreich und Italien einigten sich im Jahre 1902 darauf, daß Frankreich freie Hand in Marokko und Italien in Libyen erhalten sollte (x142/359).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die französische Weltmachtspolitik (x057/175-176): >>Mit aller Macht versuchte Frankreich sein Kolonialreich auszudehnen und erwarb nacheinander von 1881 bis 1911: Tunis Französisch Kongo, den Französischen Sudan, Madagaskar, Hinterindien, Tongking und schließlich Marokko. Damit war das französische Kolonialreich auf über 10 Millionen Quadratkilometer mit etwa 60 Millionen Einwohnern angewachsen und nahm den zweiten Platz unter den Kolonialreichen ein.

Es sicherte Frankreich die Herrschaft im westlichen Mittelmeer, beteiligte es an der Erschließung Ostasiens und lieferte wichtige Rohstoffe, Kolonialwaren und Soldaten.

Die Grundlage der französischen Weltmachtspolitik beruhte hauptsächlich auf dem neugeschaffenen Kolonialreich, der französischen Kulturpropaganda sowie einer großzügigen Bündnispolitik - Rußland 1894, England 1904, wodurch der Weg freigemacht wurde zu einer aktiven Außenpolitik.<<

Deutsche Firmen leiteten von 1903-1913 den Bau der "Bagdad-Bahn". Diese Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) - nach Bagdad im Irak - sollte später bis zum Persischen Golf verlängert werden, um die großen Erdölquellen schneller erreichen zu können und weil man neue Absatzmärkte erschließen wollte. Infolge der deutschen Aktivitäten im Osmanischen Reich verschlechterten sich vor allem die Beziehungen zu den Briten, Franzosen und Russen. Die Briten reagierten entrüstet, denn angeblich wurde ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders ihr indisches Kolonialreich gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnten.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsch-osmanischen Beziehungen (x307/435): >>In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen und der relativ geschlossenen Bündnisblöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren; das Osmanische Reich.

Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte besonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen.

Deutsche Banken, Baufirmen und Eisenbahngesellschaften hielten allmählich in den weniger entwickelten Gebieten des Reiches Einzug und erwarben Konzessionen und Interessensphären. Die Arbeit an einer weitgehend deutsch finanzierten und produzierten anatolischen Eisenbahn begann im Jahr 1888 und sollte Konstantinopel mit Ankara und Konya verbinden; beide Linien wurden bis 1896 fertiggestellt.

Die Unterstützung der Regierung für diese Projekte, die anfangs eher sprunghaft war, wurde nach und nach stärker und konsequenter. Im Jahr 1911 konnte der deutsche Botschafter in Konstantinopel das Osmanische Reich bereits als eine "politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre" Deutschlands bezeichnen.

Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der an-

deren Mächte, allen voran Rußland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, daß sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute verteilt wurde. ...<<

Der russisch-japanische Krieg von 1904-1905) endete nach großen Nachschubschwierigkeiten mit einer katastrophalen russischen Niederlage, erster asiatischer Sieg über eine europäische Großmacht.

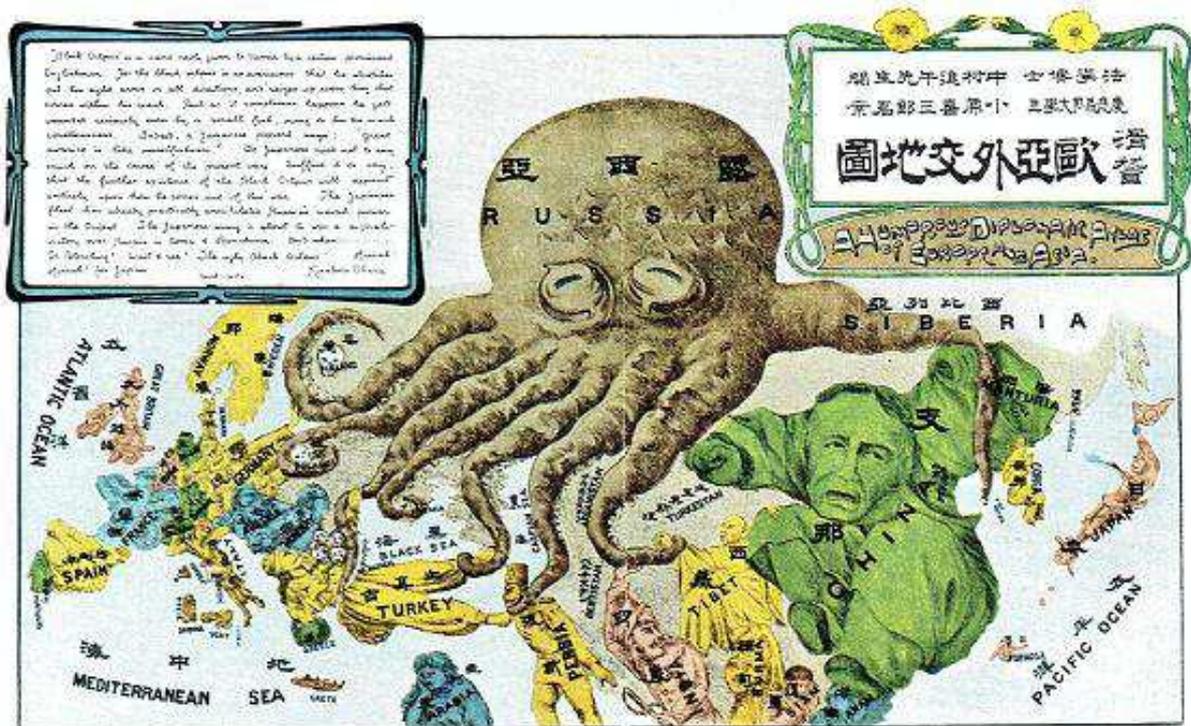


Abb. 49 (x058/72.3): Polyp Rußland. Japanisches Flugblatt, 1904.

Während der Friedensverhandlungen von Portsmouth mußte Rußland die japanische Herrschaft in Korea anerkennen, die Südhälfte der Insel Sachalin - ehemalige russische Strafkolonie - und Port Arthur an Japan abtreten sowie die Süd-Mandschurei als japanisches Interessengebiet anerkennen. Japan wurde zur führenden Großmacht im Fernen Osten, während sich Rußland wieder verstärkt dem Balkan widmete.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2014) im COMPACT-Spezial Nr. 4 über die Außenpolitik Rußlands (x350/32-34): >>>Schlachtfeld Deutschland

\_ von Valentin Falin

Die Einkreisung Rußlands war nicht erst ein Projekt des 20. Jahrhunderts, sondern begann schon vor über 250 Jahren. Großbritannien war oft der Motor dieser Aggressionspolitik, ihre Frontlinie lief vielfach durch Mitteleuropa.

... Am 22. Dezember 1814 unterzeichnen Frankreich, Großbritannien und Österreich einen Vertrag über ihre Allianz mit dem Ziel, "Rußland in seine Grenzen zurückzutreiben für die Ehre, Gerechtigkeit und Zukunft Europas".

### Die russischen Revolutionen

Wer hat den Krieg Japans gegen Rußland 1904/05 entfesselt? Großbritannien! Und es hat alle Schiffe für die japanische Kriegsmarine gebaut, diese Schiffe wurden von amerikanischen Banken finanziert. Im Rahmen dieses Krieges hat England versucht, Tibet unter seine Kontrolle zu bringen. Es geschah auch etwas in Bhutan und Nepal, diese zwei Staaten gerieten ebenfalls unter britische Vorherrschaft. Im Kontext dieses Krieges haben die USA und Japan

einige ihrer Angelegenheiten geregelt. So bekam Japan Korea unter Verletzung amerikanischer Garantien für Korea, und die USA bekamen die Philippinen. Die "Demokratisierung" dieser Inselgruppe brachte den Tod für ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Deshalb ist die antiamerikanische Stimmung der Philippinos bis heute so stark.

Einige Bemerkungen (zu Fakten), die Ihnen nicht bekannt sein dürften, zur russischen Revolution. Die erste Revolution 1905 bis 1907 wurde von Japanern finanziert, sie hatte auch Unterstützung von Briten und Franzosen. Vor dem Sturz von Zar Nikolaus II. 1917 bekommt der britische Botschafter in Sankt Petersburg die Instruktion, daß die oppositionelle Gruppe gegen den Zaren zu unterstützen und zu finanzieren sei.

Das Ergebnis war die Abdankung von Zar Nikolaus II. Eines der Ziele des Ersten Weltkrieges war erreicht. Rußland sollte nie wieder so erstehen, daß es für das britische Königreich eine Gefahr werden kann. Wer waren die Ausführenden dieser Entscheidung? Wer hat den Schuß auf den Zaren-Berater Grigori Rasputin abgegeben? Ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes!

### **Kampf um Rußland**

1756-1763 Siebenjähriger Krieg.

1812 Einfall Napoleons in Rußland.

1813/1815 Niederlagen Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig und in Waterloo.

1815 Wiener Kongreß.

1853-1856 Krimkrieg. Osmanisch-britisch-französisch-sardinische Allianz gegen Rußland.

1904-1905 Russisch-japanischer Krieg.

1905-1907 Erste Revolution gegen den Zaren.

1914-1918 Erster Weltkrieg.

1917 Februarrevolution (Sturz des Zaren), Oktoberrevolution (Machtergreifung der Bolschewiki und Austritt Rußlands aus der Kriegsallianz).

1922 Nach Lenins Tod wird Stalin Generalsekretär der KPdSU.

1939 Hitler-Stalin-Pakt. Beginn des Zweiten Weltkrieges.

1941 Deutsche Truppen fallen in Rußland ein.

1945 Ende des Zweiten Weltkrieges, Aufteilung Deutschlands in provisorische Besatzungszonen.

1949 Gründung von BRD und DDR. ...

Valentin Michailowitsch Falin (\*1926) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978 war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur Nowosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU, bis zu deren Auflösung 1991. Er ist bis heute ein gefragter Kommentator in russischen Medien. - Der obige Text ist die leicht redigierte und gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" von COMPACT Magazin Ende November 2012 in Berlin hielt. ...<<

Nach der französisch-britischen Einigung schränkte die französische Regierung im Jahre 1905 in der Kolonie Marokko den bisher freien Wettbewerb drastisch ein.

Infolge der Mißachtung des Vertrages von Madrid aus dem Jahre 1880 und um die deutschen Wirtschaftsinteressen zu unterstützen - Firma Mannesmann und andere, führte Wilhelm II. einen Staatsbesuch in Tanger durch. Dort sicherte der Kaiser dem Sultan seinen Schutz zu. Diese 1. "Marokkokrise" brachte Europa bereits im Jahre 1905 an den Rand eines Krieges. Der Kaiser entschied damals aber noch rechtzeitig, das "Marokko-Problem" politisch zu lösen.

Da US-Präsident Theodore Roosevelt vermittelte und Rußland längst noch nicht "kriegsbereit" war, mußte Frankreich im Kolonienkonflikt in Marokko zunächst während der Konfe-

renz von Algeciras im Jahre 1906 nachgeben. Für das Deutsche Reich stellte die 1. Marokkokrise trotzdem eine schwere diplomatische Niederlage dar, denn sie führte zur Isolierung des Deutschen Reiches.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium Sir Charles Hardinge (1858-1944) schrieb in einer Denkschrift vom 30. Oktober 1906 (x320/10): >>... Man muß allgemein zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland infolge seiner ehrgeizigen Pläne für eine Weltpolitik, eine maritime Vorherrschaft und eine militärische Vorherrschaft in Europa der einzige Störfaktor ist.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über den Kampf um die Vorherrschaft zwischen dem Empire und dem Deutschen Reich (x320/11): >>Im August 1907 schließen England und Rußland einen Vertrag, in dem sie ihre Einflußzonen in Afghanistan und Persien markieren. Bereits im November 1907 reist der Oberbefehlshaber des englischen Heeres nach Sankt Petersburg, um dort mit russischen Generalen und Ministern über weit mehr als Afghanistan und Persien zu sprechen. Er legt den Russen nahe, ihre Truppen an der Westgrenze zu Deutschland zu verstärken. So zieht Großbritannien auch hier ihre Fäden gegen Deutschland, das außer Wirtschaftsexpansion zu der Zeit keine anderen - vor allem keine territorialen - Ziele hat.

Englands klare Position an Frankreichs Seite zeigt sich 1904 bis 1906 und 1911 in den zwei Marokkokrisen und ab 1900 beim Bau einer deutschen Eisenbahn nach Bagdad im Irak. ...

Als etwa 1900 der Bahnbau in Richtung Bagdad fortgesetzt und zu der Zeit Erdöl beiderseits der Trasse im Raum Mossul entdeckt wird, gerät Deutschland unversehens in Konflikt mit Englands neuen Ambitionen auf die Erdölfelder in Persien, Irak und Kuwait.<<

Angesichts der äußerst radikalen anti-österreichischen Politik Serbiens forderten österreichische Generäle bereits im Jahre 1906 eine sofortige Besetzung Serbiens. Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand lehnte damals jedoch militärische Lösungen ab und versuchte den Serben wirtschaftlich beizukommen. Um Serbien in die Schranken zu weisen, verhängte Österreich-Ungarn z.B. eine Viehimportsperr. Serbien überstand diesen sogenannten "Schweinekrieg" von 1906-1908 jedoch mit französischer Kapitalhilfe (x061/359).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über den sogenannten "Schweinekrieg" von 1906-1908 (x307/56): >>... Allerdings war diese Maßnahme für Österreich kontraproduktiv, weil Serbien rasch andere Exportmärkte fand - insbesondere in Deutschland, Frankreich und Belgien - und nunmehr anfang, in großem Stil Schlachthöfe zu bauen. ... Schließlich verschaffte sich Belgrad nicht über Wien einen hohen Kredit, sondern über Paris - im Gegenzug für Rüstungsaufträge bei französischen Firmen. ...<<

England und Frankreich schlossen im Jahre 1906 ein Heeres- und Flottenabkommen gegen das Deutsche Reich.

Im Jahre 1907 sollte ein englisch-russisches Bündnis zur Entspannung in Afghanistan, Tibet und Persien führen und war gleichzeitig gegen das Deutsche Reich gerichtet. Das unabhängige Persien wurde später in 3 Zonen aufgeteilt. Die südliche Zone erhielt England, während Rußland die nördliche Zone übernahm (x074/988). Ferner wurden die jeweiligen Gebietsinteressen Großbritanniens in Afghanistan und Rußlands in Tibet akzeptiert. Nach dem englisch-russischen Bündnis im Jahre 1907 sprachen viele Deutsche bereits von einer bewußten Einkreisung des Reiches.

Im Jahre 1908 annektierte Österreich-Ungarn die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina, da man eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtete bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen wollte. Die Annexion erfolgte ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Das Deutsche Reich wurde außerdem nicht über die österreichisch-russischen Geheimver-

handlungen während der Konferenz von Buchlau am 16. September 1908 informiert (x063/-467).



Abb. 50 (x237/220): "Der kochende Kessel" (Karikatur aus der englischen Zeitschrift "Punch", 1908).

Mit dieser schicksalhaften Annexion der strategisch überaus wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina verhinderte Österreich-Ungarn, daß Serbien den angestrebten direkten Zugang zur Adria erhielt. Serbien drohte zwar mit Krieg, aber Rußland war nach dem russisch-japanischen Krieg von 1904-05 und der Revolution im Jahre 1905 noch viel zu schwach, um gegen Österreich-Ungarn und das verbündete Deutsche Reich anzutreten.

Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow lehnte damals die österreichischen Kriegsabsichten bzw. eine "Abrechnung mit Serbien" strikt ab. Nach deutscher Fürsprache konnte der gefährliche Konflikt zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland schließlich friedlich beigelegt werden. Die überflüssigen Warnungen der deutschen Regierung wurden von den empfindlichen Russen als große Demütigungen empfunden. Der Balkan blieb danach weiterhin ein äußerst gefährlicher Konfliktherd, aber das Deutsche Reich hielt trotz der bedrohlichen Lage starrsinnig an der bisherigen Bündnispolitik fest.

Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina begannen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).

Die Jungtschechen forderten im Jahre 1908 weiterhin einen eigenen Staat und den Zusammenschluß mit den Slowaken (x184/19).

Jozef Pilsudski organisierte ab 1908 in Krakau bewaffnete Einheiten, die jahrelang als Schützenvereine getarnt wurden. Die polnischen Behörden in Österreich-Polen duldeten die Bildung der Armeekader, so daß Pilsudski bis 1914 fast 200 Schützenverbände aufstellen konnte

(x064/114).

Nach der "Bosnien-Krise" 1908/09 vereinbarten der russische Zar und der serbische König Peter I. im Jahre 1909 in Sankt Petersburg den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).

Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erläuterte am 29. März 1909 angesichts der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 die wesentlichen deutschen Motive für die Unterstützung der Donaumonarchie (x092/714): >>... Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen. Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber müßte notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam repräsentieren und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Waagschale geworfen wird. ...

Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren. ...<< Infolge der kurzsichtigen Ausgleichspolitik und der naiven, völlig unverständlichen Bündnistreue geriet das Deutsche Reich in den folgenden Jahren allmählich immer stärker in den Balkankonflikt hinein. Damals ahnte noch niemand, daß diese verhängnisvolle Nibelungentreue schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln würde.

Im Jahre 1908 wurde die sog. "Daily-Telegraph-Affäre" von den Briten mit nationaler Entrüstung und maßlosen Haßausbrüchen beantwortet. Durch eine antienglische Stellungnahme (während privater Gespräche in England) des deutschen Kaisers, die Reichskanzler von Bülow leichtfertig veröffentlichten ließ, wurde das angespannte deutsch-britische Verhältnis noch schwieriger.

Nach der "Bosnien-Krise" vereinbarten der russische Zar und der serbische König Peter I. in Sankt Petersburg im Jahre 1909 den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).

Der deutsche Kaiser und Zar Nikolaus II. schlossen im Jahre 1910 in Potsdam ein Abkommen, daß beide Mächte keine feindliche Bündnispolitik führen werden (x074/998).

Im Jahre 1911 gründeten fanatische, radikale serbische Nationalisten in Serbien die Geheimorganisation "Schwarze Hand" mit dem Ziel: "Slawische Vereinigung oder Tod".

Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlugen und als "Herren des Landes" auftraten, delegierte das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir. In Frankreich und in England breitete sich danach im Jahre 1911 durch die Teilmobilmachung der britischen Flotte eine gefährliche Kriegsstimmung aus. Der französisch-britische Generalstab legte damals sogar schon die Gefechtsstreifen in Frankreich fest (x098/39). Aufgrund der akuten Kriegsgefahr zog sich das Deutsche Reich später endgültig aus Marokko zurück. Marokko wurde im Jahre 1912 ein französisches Protektorat. Das Deutsche Reich erhielt zum Ausgleich französische Kolonien im Kongo.

Infolge der sogenannten "Marokkokrisen" in den Jahren 1905/06 und 1911 geriet das Deutsche Reich immer weiter in die internationale Isolation. Der einzige Bundesgenosse des Deutschen Reiches, unter den europäischen Großmächten, war schließlich nur noch Österreich-Ungarn. Der angeschlagene Vielvölkerstaat kämpfte aber längst seit Jahrzehnten verzweifelt um seine eigene Existenz.

Rußland und Frankreich schlossen im Jahre 1911 ein Militär- und Flottenabkommen.

Als italienische Truppen im Jahre 1911 Tripolis und Cyrenaika besetzten und annektierten, kam es 1911-12 zum italienisch-türkischen Krieg.

Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schlossen sich im Jahre

1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische Reich zusammen (x054/169). Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führte (1911/12), nutzte der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und griff das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken wurden schließlich im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und mußten Mazedonien räumen. Italien verhinderte aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >>Von Rußland beeinträchtigt, begannen die 4 Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland den Krieg gegen die Türkei wegen der Aufteilung der europäischen Türkei - 1. Balkankrieg 1912. Aber ein Streit um die Beute führte zum Krieg Bulgariens gegen die übrigen Balkanstaaten, denen sich Rumänien anschloß - 2. Balkankrieg 1913 - und endete mit einer Niederlage Bulgariens. Die europäische Türkei wurde aufgeteilt ... und als neuer Staat das Fürstentum Albanien errichtet. Hierüber zeigte sich Serbien bitter enttäuscht, obwohl es einen reichen Gebietszuwachs erlangt hatte und entfaltete eine großserbische Bewegung, die sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete.

Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer im Jahre 1913 trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche. Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.

Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte im Jahre 1913 zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag.

Andererseits fehlte es nicht an Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und England, die wegen eines Neutralitätsabkommens miteinander verhandelten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; denn England forderte immer wieder die Beschränkung der deutschen Flotte, obwohl die englische Flottenstärke der deutschen weit überlegen war. Die Isolierung Deutschlands war vollendet, die Spannung aufs höchste gestiegen.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die "politischen Verwicklungen" auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...

Im Herbst 1911 begann Italien einen Eroberungskrieg in einer afrikanischen Provinz des Osmanischen Reiches und löste dadurch eine Kette opportunistischer Überfälle auf osmanische Territorien auf der Balkanhalbinsel aus. Das geopolitische Gleichgewicht, das eine Eindämmung lokaler Konflikte ermöglicht hatte, geriet schlagartig aus den Fugen. Im Zuge der beiden Balkankriege von 1912 und 1913 sah sich Österreich-Ungarn mit einer neuen und bedrohlichen Situation an der südöstlichen Peripherie konfrontiert, während der Rückzug des Osmanischen Reiches strategische Fragen aufwarf, die russische Diplomaten und Politiker auf keinen Fall ignorieren durften.

Die beiden kontinentalen Bündnisblöcke wurden immer tiefer in die Auseinandersetzungen und Aversionen in einer Region der Welt hineingezogen, die in eine Phase noch nie da gewesener Unbeständigkeit eintrat. Im Verlauf dieses Prozesses wurden die Konflikte auf dem Schauplatz Balkan eng mit der Geopolitik des europäischen Systems verknüpft, und dadurch bildete sich eine ganze Reihe von Eskalationsmechanismen heraus, die es letztlich ermöglichten, daß im Sommer 1914 ein auf dem Balkan ausgebrochener Konflikt binnen fünf Wochen den gesamten Kontinent erfaßte.<<

Im Februar 1912 wurden die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten

Ausbau der deutschen Kriegsflotte erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse machte. England lehnte es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt würde (x059/19).

Großbritannien schloß danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).

Der britische Diplomat Harold G. Nicolson berichtete im Jahre 1912 (x307/698): >>... Es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Rußland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. (Deutschland kann) uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Rußland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte. ...<<

Die englische Flotte verfügte im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).

Winston Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, griff die deutsche Reichsregierung am 9. Februar 1912 "scharf" an (x056/309): >>Die Flotte ist für Großbritannien eine Notwendigkeit, während sie für Deutschland in vieler Hinsicht nur einen Luxus bedeutet. Unsere Flotte ist für das Dasein Großbritanniens von größter Wichtigkeit, ja sie bedeutet unsere Existenz selbst; für Deutschland ist sie ein überflüssiger Machtzuwachs.<<

Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. bekräftigten am 4. Juli 1912 während eines Treffens in Estland die russisch-deutsche Freundschaft. Trotzdem baute Rußland mit französischer Unterstützung im Jahre 1912 das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkte das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).

Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg warnte im Jahre 1912 bereits vor Rußland (x063/482): >>... Die Zukunft gehört ihm - es wächst und wächst und legt sich als immer schwererer Alp auf uns.<<

Nach den sogenannten "Marokkokrisen" versuchte der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg ab 1913, die deutsch-britischen Beziehungen zu verbessern.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die Außenpolitik des deutschen Kaisers (x307/433): >>Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle. Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien. Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, daß er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für "undenkbar" hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, daß die deutsche militärische Stärke Rußland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.

Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.

Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung.

Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.

Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich untereinander zusammentaten. ...<<

Österreich-Ungarn und Rußland verhandelten Anfang 1913 über die Expansionspläne Serbiens (x233/144): >>Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht zulassen würde, Österreich verkündigte, es werde eine maßlose Vergrößerung Serbiens nicht hinnehmen, Zwischen diesen beiden Vetos handelte es sich darum, ein Mittel zu finden, um den Frieden am Leben zu erhalten. ...<<

Der russische Außenminister Sergei Sasonow informierte im Mai 1913 den russischen Botschafter in Serbien über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...

Das gelobte Land Serbien liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarn und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<

Der tschechische Panslawist Karel Kràmár erklärte damals im Reichstag, daß die Tschechen den Tag herbeisehnen würden, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürften (x206/25).

Im Verlauf der Bündnisverhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien erklärte der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des 2. Balkankrieges im Jahre 1913 (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Da sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen konnten, griff Bulgarien im Mai 1913 Serbien an. Danach beteiligten sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg. Bulgarien wurde bis August 1913 entscheidend besiegt und mußte z.B. Mazedonien, die Dobrudscha und Kreta abtreten.

Während des 2. Balkankrieges erzielten Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne, aber Serbien wurde trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich-Ungarn verteidigte angesichts des Bündnisses mit dem Deutschen Reich entschlossen die Selbständigkeit Albaniens und forderte Serbien per Ultimatum vom 18.10.1913 auf, die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzog, war die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrte Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

Nach den verlustreichen Balkankriegen behielt das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete. Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich mußten sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729). Ab 1913 führten die "Jungtürken" ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, die fast nur mit Fremdkapital finanziert wurden. Vor dem Ersten Weltkrieg war das Osmanische Reich bereits so hoch verschuldet, daß man sämtliche türkischen Staatseinnahmen an europäische Gläubiger verpfänden mußte (x056/310). Ein Haupt-

gläubiger des Osmanischen Reiches war das Deutsche Reich - mit etwa 500,0 Millionen RM bzw. 25 % der gesamten türkischen Schulden. Deutsche Unternehmen planten, finanzierten und bauten z.B. seit 1903 eine Eisenbahnstrecke von Konya im Osmanischen Reich bis nach Bagdad im Irak.

Am 23. Dezember 1913 setzte US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitete damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.

Der US-Historiker Carroll Quigley (1910-1977) schrieb in seinem Buch "Tragödie und Hoffnung" über die verborgenen Machenschaften und Ziele der geheimen Machtelite (x337/114):

>>Die Befugnisse des Finanzkapitalismus hatten (ein) weitreichendes Ziel und zwar kein geringeres als die Schaffung eines Weltsystems der Finanzkontrolle in privaten Händen mit der Fähigkeit, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise gemeinsam von den Zentralbanken der Welt in geheimen Absprachen, die in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen ausgehandelt werden, geführt werden.<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schrieb später (im Jahre 2010) in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334):

>>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. ...<<

Ab 2. Januar 1914 veröffentlichte die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese sensationelle Veröffentlichung (x307/538-539): >>... Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.

Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue französische Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus. ...

Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die russische Militärzeitschrift "Raswetschik", die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:

Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.

Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<

Die russische Militärzeitung "Raswjedtschik" schrieb im Januar 1914 (x352/22): >>Uns allen ist sehr wohl bekannt, daß wir uns auf einen Krieg an der Westfront, vornehmlich gegen die Deutschen, vorbereiten. Deshalb müssen wir allen unseren Truppenübungen die Annahme zugrunde legen, daß wir gegen die Deutschen Krieg führen.

... Nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß an den Gedanken gewohnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Staaten zerschlagen werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Menschen verlieren.<<

In Rußland bereitete man sich bereits auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellte am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führen würde (x063/-478).

Der britische Botschafter in St. Petersburg berichtete im April 1914 (x307/698): >>Rußland wird rasch so mächtig, daß wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages einen Handel mit Deutschland schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen. ...<<

Die russische Tageszeitung "Birschewija" berichtete am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diesen Presseartikel (x307/539): >>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des deutschen Botschafters ... in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als dem russischen Kriegsminister ... persönlich lanciert worden sei.

Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen - Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann. Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<

Ein deutsches Unternehmen mußte aufgrund einer britisch-deutschen Vereinbarung vom 15. Juni 1914 den Bauauftrag für die Bagdad-Bahn-Reststrecke zwangsweise an englische Unternehmen abgeben.

### **Inszenierung des Ersten Weltkrieges durch die NWO-Geheimorganisationen des internationalen Kapitals**

Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten trugen Weltkrieges würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der skrupellosen NWO-Strategen führten schließlich zur Entstehung des Ersten Weltkrieges und zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches.

Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schrieb später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>... Im Laufe von drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die

führenden britischen Kreise zu bereichern.

Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.

Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zugunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allgemeinen Regel erklärt. ...

Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.

Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.

Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 25. Juli 2014) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Einfluß der britischen Freimaurer vor dem Ersten Weltkrieg (x967/...): >>Okkulte Einflüsse im englischen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg

Der Einfluß des Okkultismus auf die britische Politik ist allgemein wenig bekannt oder wird in seiner Bedeutung unterschätzt. Schon im vorigen Artikel hatten wir den Hinweis des Historikers Markus Osterrieder zitiert, daß gerade in der imperialistischen Bewegung um Alfred Milner ein tiefes Interesse an okkultistischen und spiritistischen Phänomenen, "die seit 1852 immer mehr Menschen auf der britischen Insel in ihren Bann schlugen", verbreitet war. (M. Osterrieder: *Welt im Umbruch*, Stuttgart 2014, S. 805).

Trotz der allgemeinen Neigung zum Materialismus gaben sich viele Engländer doch nicht mit platten Welterklärungen zufrieden, sondern versuchten, in den metaphysischen Hintergründen des irdischen Lebens Antworten auf Rätselfragen des Daseins zu finden. Und insbesondere Politiker strebten durch spiritistische Praktiken danach, Leitlinien für ihr Handeln aus einer spirituellen Welt zu erhalten. Das kann man als Humbug abtun. Aber damit verbaut man sich den unvoreingenommenen Blick auf historisch wirksame Kräfte. Und um deren Beschreibung geht es.

### **Die okkultistischen Bestrebungen W. T. Steads**

Ein enger Freund Alfred Milners, der Journalist William Thomas Stead (1849-1912), der "eine der eigentümlichsten Persönlichkeiten seiner Zeit und eine beherrschende Gestalt im öffentlichen Leben der Insel" war, besuchte seit 1881 spiritistische Sitzungen. Eine eigene mediale Begabung, die des automatischen Schreibens (s. Wikipedia unter Séancen) trat bei ihm erstmals 1892 auf, durch das er "regelmäßig Nachrichten von 'Verstorbenen' über das 'schreibende Telefon'" empfing. Bereits Mitherausgeber der angesehenen Abendzeitung Pall Mall Gazette, gab er ab 1894 die Vierteljahreszeitschrift *Borderland* heraus, um das, "was die Society for Psychical Research für einige Auserwählte getan hat", für das große Publikum zu erreichen. (Osterrieder, S. 828f.)

*Weltweit berühmt wurde W. T. Stead 1897 ... durch die Veröffentlichung von Mitteilungen, die ihm unter dem Namen einer verstorbenen Bekannten, Julia Ames, kundgetan wurden. Das Buch erfuhr zahlreiche Auflagen und Übersetzungen.*

*Von "Julia" empfing er eine Meditationstechnik, die er "Rosenkranz" nannte: In einem Notiz-*

*buch schrieb er alle Namen von Personen und Sachen nieder ("die Gefährten des Rosenkranzes"), zu denen er in irgendeiner Beziehung stand.*

*Jeden Morgen ging er nach dem Aufwachen in Gedanken jeden einzelnen Namen mit der Frage durch: Was kann ich hierfür tun? Was sollte ich tun? Er hatte dabei auf alle Einfälle zu achten, die ihm spontan zukamen. Lord Milner, der für Steads "Gespenster" angeblich nicht viel übrig hatte, übernahm diese okkulte Technik gerne für seine eigenen, zumeist politischen Zwecke: "Der Rosenkranz ist ausgezeichnet, und ich werde ihn übernehmen und Dich zu einem meiner Gefährten machen."*

1909 richtete Stead das "Büro Julia" ein, welches den "okkulten Kontakt" zwischen den beiden Sphären aufrechterhalten sollte, um "jenen, die ihre Verstorbenen verloren hatten, die sich um Freunde und Verwandte sorgten, erneut eine Verbindung mit ihnen zu ermöglichen." Dabei kam er auf die Idee, für seine Zeitung "Tote" zu "interviewen". 1909 gab etwa der längst verstorbene W. E. Gladstone (früherer Premierminister) auf einer Séance zum Besten, was "er" von dem neuen britischen Haushalt hielt. Das "Interview" erschien im Daily Chronicle unter der Schlagzeile: "Erstaunliches Geist-Interview. Der verstorbene Mr. Gladstone über den Haushalt" (a.a.O. S. 830).

Was auch immer an der Sache mit Gladstone dran war: Stead versuchte, echte oder fingierte okkulte Offenbarungen in den Dienst praktischer Politik zu stellen. Dies nahm noch ganz andere Ausmaße an. Wie Milner ein "Enthusiast für die Rasse und das Empire", bemühte er sich in der britisch-russischen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Zentralasien (Great Game) hartnäckig um eine Annäherung zwischen beiden Ländern, "verweigerte sich konsequent der grassierenden Russophobie und riet der britischen Regierung, Rußland endlich als Partner im Prozeß der 'Zivilisierung' Asiens und Schutzmacht der christlichen Slawen auf dem Balkan gegenüber dem Islam anzuerkennen."

Dazu pflegte er seit 1877 enge Kontakte mit der spirituellen kosmopolitischen Russin Olga Novikova, die als inoffizielle Vertreterin der panslawischen Sache in London und Moskau wirkte. Sie machte ihn 1888 mit ihrer Freundin, der Okkultistin Helena P. Blavatsky bekannt, der Mitbegründerin und spirituellen Führerin der Theosophischen Gesellschaft, die in ihm "einen guten Theosophen" sah.

"Nach 1905 kam Stead während einer spiritistischen Sitzung in Kontakt mit einer Entität, die sich als 'Catherine' zu erkennen gab." In ihm bildete sich die Überzeugung, daß es sich um den Geist der Zarin Katharina der Großen (1729-1796) handele, die ihn auserwählt habe, "Botschaften über die Zukunft der slawischen Völker mitzuteilen."

Am 4. Dezember 1908 beauftragte Stead sein reguläres Medium Kathleen Harper, sie möge 'Catherine' bitten, einen Artikel über 'die allgemeinen Unruhen und die Perspektiven im Nahen Osten' zu channeln, den er unter seinem Namen veröffentlichen würde. ... Sie können sie fragen, was sie über diese Idee denkt, und ob sie es vorziehen würde, mit Ihrer Hand (automatisch) zu schreiben oder mit meiner. Ich meine, es wäre großartig, sie wieder in die Magazinliteratur einzuführen."

"Auf diese merkwürdige Weise entstand ein Artikel, unter dem Titel 'Die Ankunft der Slawen', den Stead im Januar 1909 in der Contemporary Review veröffentlichte. Der Artikel war ein panslawistisches Manifest über die Entstehung von Slavonia, einer 'Föderation oder Föderationen von selbstregierten Staaten', 'von Petersburg bis Prag und von Prag bis Adrianopel' (das ostthrakische Edirne). ... Einer solchen Morgendämmerung müsse jedoch erst die Verbindung von Slawentum und (trotz allem would-be Imperialism) britischer Politik vorangehen" (a.a.O. S. 833, 834).

Dies bräuchte hier nicht so ausführlich geschildert zu werden, wenn diese Verbindung von Slawentum und britischer Politik sich nicht erstaunlicherweise realisiert und im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zu einer Mächtokonstellation geführt hätte, die an seinem Ausbruch we-

sentlichen Anteil hatte.

### **Cecil J. Rhodes und seine Geheimgesellschaft**

"Am 4. April 1899 hatte Stead den südafrikanischen Imperialisten Cecil J. Rhodes (1853-1902) kennengelernt", der wie Milner und seine Freunde seit seiner Jugend unter dem Einfluß der imperialistischen Ideen des Oxfordder Kunsthistorikers John Ruskin stand und "sie zeitlebens als Inspirationsquelle für sein Handeln betrachtete."

*Rhodes wollte sein riesiges, in Südafrika durch Gold- und Diamantenminen und an der Börse erworbenes Einkommen von über 1 Million Pfund jährlich (heute über 8 Millionen Euro) "zu und für die Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer Geheimgesellschaft" widmen, "deren wahres Ziel und Zweck die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein wird."*

*Nach der "letztendlichen Rückgewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralem Bestandteil des Britischen Empire" entstehe "eine so große Macht, die Kriege unmöglich machen und das Wohl der Menschheit fördern werde (a.a.O. S. 841 f.).*

Während seines Studiums in Oxford wurde Rhodes Mitglied der Freimaurer-Apollo-Loge Nr. 357, Orient of Oxford, wo er am 17.4.1877 zum Master Mason erhoben wurde. Er trat ferner der Prince Rose Croix Loge Nr. 30 bei, einer Loge der Schottischen Hochgradmasonry in Oxford. Von 1868-1914 wurden in der Apollo University-Loge 1.271 junge Männer der britischen Oberschicht eingeweiht, also jährlich im Schnitt 28 Personen. Darunter befand sich auch der Prince of Wales und spätere König Edward VII, ferner der von 1905-1916 als britischer Außenminister wirkende Sir Edward Grey.

"Bereits im Alter von 24 Jahren war Rhodes zu seiner Überzeugung gelangt, die er 1877 in einem 'Glaubensbekenntnis' niederschrieb:

*Ich behaupte, daß wir das vortrefflichste Volk der Welt sind; je weiter wir uns in der Welt ausbreiten, desto besser für die Menschheit. ... Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werde ich Mitglied des Freimaurerordens. Ich sehe den Reichtum und die Macht, die sie besitzen, den Einfluß, den sie ausüben ... Warum sollte man nicht eine Geheimgesellschaft bilden mit einem einzigen Ziel - der Förderung und Erweiterung des Britischen Empire, um die gesamte, noch nicht zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen, um die Vereinigten Staaten zurückzugewinnen und die Angelsachsen in der ganzen Welt zu einem einzigen Empire zusammenzufassen. ...*

*Es ist unsere Pflicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, mehr Land zu erwerben, und wir sollten uns diese Idee beständig vor Augen halten: Mehr Land bedeutet einfach mehr von der angelsächsischen Rasse, mehr von der besten, menschlichsten, ehrenhaftesten Rasse, die die Welt besitzt. Um einen solchen Plan zu fördern, wäre eine Geheimgesellschaft eine großartige Hilfe, eine nicht öffentlich bekannte Gesellschaft, sondern eine, die im geheimen für ein solches Ziel arbeitet. ...*

*Schaffen wir dieselbe Art von Gesellschaft oder Kirche (wie die römische Kirche) für die Ausdehnung des Britischen Empire, eine Gesellschaft, die in jedem Teil des Britischen Empire ihre Mitglieder hat, die für ein einziges Ziel, für eine einzige Idee arbeiten, die ihre Mitglieder an unseren Universitäten und in unseren Schulen unterbringt und darauf achtet, daß die englische Jugend durch deren Hände geht. ... Die Gesellschaft sollte Teile der Presse inspirieren oder sogar besitzen, denn die Presse beherrscht das Bewußtsein anderer Menschen (a.a.O. S. 842, 843).*

Von der Verwirklichung dieses Planes war er sein Leben lang besessen. 1888 erläuterte er in einem Brief an Nathan Rothschild, den er ins Vertrauen gezogen und zum Treuhänder seines Vermögens gemacht hatte, wie die geplante Gesellschaft zu organisieren sei: "Nehmen Sie die Satzung der Jesuiten und ersetzen Sie 'römisch-katholische Religion' durch 'Englisches Empire'."

Der Orden sollte als "eine Kirche zur Ausdehnung des Britischen Empire" funktionieren, um die Menschen zu unterweisen, dafür so zu arbeiten, "wie die Jesuiten für die römische Kirche arbeiteten." Doch Nathan Rothschild schien unfähig, seine Gedanken voll zu verstehen, so daß er W. T. Stead zu seinem weiteren Treuhänder machte. Stead unterstützte ihn voll und ganz darin, anstelle einer britischen Vorherrschaft eine English-speaking union unter Einschluß der USA anzustreben.

Rhodes und Stead, die fortan von "unserer Idee" sprachen, schwebte vor, das zentralistische Papsttum des 9. Jahrhunderts, das Nikolaus I. geschaffen hatte, als Modell für die geplante Geheimgesellschaft zu übernehmen, um ein "Papsttum der englischsprechenden Idee" einzurichten, das nur den veränderten Gegebenheiten der Neuzeit angepaßt werden müsse. "Das Papsttum muß verwestlicht, angliert oder amerikanisiert werden", um "Freiheit und lokale Selbstverwaltung" aufzunehmen, deswegen benötige man "einen Papst, der englisch denkt." (S. 847)

Nachdem W. T. Stead Cecil Rhodes mit den geistverwandten Earl Albert Grey, Alfred Milner und Reginald Baliol Brett (Lord Esher) bekannt gemacht hatte, nahmen 1891 die Pläne der "Geheimgesellschaft" konkretere Gestalt an. "Lord Esher war einflußreichster Berater des Prinzen von Wales und späteren Königs, Edwards VII., welcher auch den Freimaurergrad eines Großmeisters der Vereinigten Großloge von England innehatte.

Während seiner Regentschaft (1901-1910) empfing Edward VII. von Brett, der seitdem als Lieutenant-Governor von Windsor Castle diente, täglich einen ratgebenden Brief. Der Prinz von Wales war überzeugter Imperialist und wie Rhodes und Rosebery der Auffassung, daß die Welt soweit wie möglich unter die Herrschaft des höherwertigen Angelsachsentums fallen solle." ( A.a.O. S. 854)

*Brett war es, der Stead mit eigenhändig geschriebenen anonymen Artikeln und mit internen Informationen aus dem Kabinett der Regierung Gladstone versorgte, um auf diese Weise auf den politischen Kurs von Gladstones Druck auszuüben. Schließlich mußte Gladstone im März 1894 vom Posten des Premierministers zurücktreten und wurde von Lord Rosebery abgelöst, der als Liberaler Imperialist dem Kreis um Rhodes, Stead, Brett und Milner nahestand.*

*Stead wiederum notierte, wie man sich am 5.2.1891 die Funktionsweise der 'Gesellschaft' vorgestellt hatte: "... die ideale Regelung wäre, soweit es für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersichtlich ist: Rhodes, General der Gesellschaft; Stead, Brett und Milner bilden die Junta der Drei.*

*Nach Rhodes wäre Stead General, mit einem dritten in Nachfolge, möglicherweise (Nathan) Rothschild; dahinter bilden (der katholische Kardinal Henry) Manning, die Booths (General William Booth von der Heilsarmee und Bramwell Booth), Klein-Johnston (H. H. Johnston, Eroberer von Kenia und Nyasa-Land), Albert Grey, Arthur Balfour einen Kreis von Initiierten. Eine Assoziation der Helfer wird nachfolgen." (S. 855)*

Der eng gefaßte "Kreis der Eingeweihten" hatte 1891/92 konkrete Gestalt angenommen, blieb aber im Hintergrund. In den Vordergrund trat die von Rhodes finanzierte Vergabe von Stipendien, "mit deren Hilfe die jugendliche Elite aus den Kolonien und den USA, aber auch aus Deutschland, an der Universität Oxford im britischen Geist erzogen werden sollte," um so "dem inneren Orden der imperialen 'Kirche' das benötigte 'Fußvolk' zu verschaffen - nämlich Menschen, die in ihren Gedanken-, Willens- und Empfindungsformen tief von der in Oxford herrschenden 'Aura' vorgeprägt sein sollten" (S. 857). Jährlich gelangen so seit 1904 knapp 70 Studenten nach Oxford; wegen der Stipendien-Dauer von 3 Jahren befinden sich zu jeder Zeit rund 205 Stipendiaten dort. (S. 870).

### **Der wachsende Einfluß Alfred Milners**

Um 1900, wenige Jahre vor dem Tode Cecil Rhodes, verlor W. T. Stead dessen Vertrauen, "weil er sich öffentlich gegen das Vorgehen der Limps im Burenkrieg gewendet hatte" (in

dem Rhodes und Alfred Milner die treibenden Kräfte waren) und sich auch nicht an die Geheimhaltungspflicht hielt. Doch trotz seiner Kriegskritik organisierte er 1899 in der Presse eine Invasionshysterie gegen Deutschland. Er streute das nachhaltige, vom Foreign Office weiter verwendete Gerücht, Berlin organisiere eine antibritische Koalition und bereite eine Invasion der britischen Inseln vor. Die Wirkung der so erzeugten Hysterie in der Öffentlichkeit sollte die gesamte Zeit bis zum Kriegsausbruch 1914 mitbestimmen. (S. 863, 864)

An seiner Stelle rückte Alfred Milner zum geistigen Nachfolger von Rhodes auf, der kurz vor seinem Tod sagte: "Vertraut immer Milner." Und er setzte ihn in seinem letzten Testament zum Treuhänder seines Vermögens (Rhodes-Trust) und der Stipendienvergabe ein. So führte Milner nach 1902 die Gedanken von Cecil Rhodes in selbständiger Weise aus. Organisationssekretär des Trusts wurde sein alter Freund und Inspirator aus Oxford, der Kanadier Sir George Parkin (1846-1922), "der nach Aussage seines Schwiegersohns 'Gott und Oxford und das Britische Empire niemals richtig auseinanderhalten konnte.'

Als Vorsitzender des Treffens des Royal Colonial Institute am 13. November 1906 erörterte Parkin das Ziel einer engeren imperialen Föderation der englischsprechenden Völker mit dem Verweis auf 'die kommende existentielle Krise (worunter ein kommender Krieg verstanden wurde), in der 'wir als vereintes Volk aus den verschiedenen Teilen der Welt handeln werden.'" (S. 867-869)

"Miners Mitarbeiter, Leo Amery, bekannte rückblickend im Jahre 1952: Wenn auch die Vision von Rhodes stammte, so war es doch Milner, der gut zwanzig Jahre hindurch verlässlich die Grundfesten eines Systems errichtete, dessen Macht, die Lebensanschauung und die geistige Verwandtschaft einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Menschen in der gesamten englischsprechenden Welt zu formen, nur schwerlich übertrieben werden kann." (S. 870)

"Milner knüpfte nach 1902 beständig neue Fäden. Allmählich bildeten sich mehrere lockere Kreise und Gruppen, deren Mitglieder in den meisten Fällen keineswegs das gesamte Geflecht überblickten. Milners alter Studienfreund Arthur Glazebrook sprach 1914 von einer 'Armee von Milnerianern', die allesamt von deiner Führung und Inspiration abhängen". (S. 871)

Die sehr guten Kontakte zu dem amerikanischen Bankier J. P. Morgan, der sich im Sommer oft mit König Edward VII. in England zu Golf- und Jagdpartien traf, sollten Lord Milner ebenfalls noch zugutekommen. "Schließlich wurde er vor dem Krieg Großaufseher der Vereinigten Großloge von England, der König Edward VII. als Großmeister vorstand." (S. 872)

Durch die Freimaurerei und seinen langjährigen Mentor Lord George Goschen (1831-1907, Erster Lord der Admiralität 1871-1874 und 1895-1900, Schatzkanzler 1887-1892) öffnete sich ihm ein weiterer Kreis einflußreicher konservativer Politiker, die von Robert Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury 1831-1903, Premierminister 1886-1892, 1895-1902 und Kanzler der Universität Oxford 1869-1903) sowie - nach dessen Tod - von Arthur James Balfour (1848-1930, Schatzkanzler 1895-1902, Premier 1902-1905) dominiert wurden.

"Die Angehörigen des 'Cecil-Clans' prägten das gesellschaftliche Leben in vornehmen Londoner Dinnerclubs ... und bestückten mit Hilfe von zahllosen Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen das politische Leben, das Erziehungs- und Pressewesen der britischen Insel mit Männern ihres Vertrauens. Durch sie erhielt Milner den politischen Einfluß, den er zur Durchsetzung seiner Ziele benötigte" (S. 872-873).<<

[Herbert Ludwig berichtete am 4. August 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politische Einflußnahme der britischen Freimaurer Cecil Rhodes und Alfred Milner vor dem Ersten Weltkrieg \(x968/...\): >>Wie einflußreiche Kreise in England zum Ersten Weltkrieg trieben](http://HerbertLudwig.blogspot.de/2014/08/fassadenkratzer-wordpress-com.html)

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich in Englands Oberschicht ein Netzwerk von lockeren Kreisen, Gruppen und Clubs gebildet, die aus dem Anspruch gottgewollter Überlegenheit der englischen "Rasse" intensiv für eine imperialistische Ausbreitung des Briti-

schen Empire wirkten und einen Krieg mit dem aufstrebenden Deutschen Reich für unausweichlich hielten.

Im Mittelpunkt dieses Netzes stand eine von Cecil Rhodes, Alfred Milner und anderen gegründete geheime Gesellschaft, die nach Rhodes Tod im Jahr 1902 von Milner dominiert wurde. Dieser war Zentrum einer "Armee von Milianern", wie ein Freund formulierte, die allesamt von seiner Führung und Inspiration abhingen.

### **Spiritismus und Prophezeiungen des kommenden Krieges**

Viele, wie Cecil Rhodes und Alfred Milner, die einer Freimaurer-Loge angehörten, hatten ernstes Interesse an okkulten, spiritistischen Phänomenen und erhofften sich von dort Rat und Hilfe für ihre politischen Pläne. Zu ihnen zählte auch der zur Rhodes/Milnerschen Geheimgesellschaft gehörende Arthur J. Balfour (1848-1930; Premierminister 1902-1905, Marineminister 1915-1916, Außenminister 1916-1919).

Seit dem Tod seiner Verlobten Mary Lyttelton im Jahr 1875 befaßte er sich mit dem Spiritismus, "um der Geliebten im Jenseits nachzuforschen." (Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 873) 1880 trat er der Metaphysical Society bei und wirkte 1893/94 als Präsident der Society für Psychical Research, aus der sich zahlreiche Anhänger Alfred Milners rekrutierten. "Schließlich empfing er am Palmsonntag des Jahres 1912 mit Hilfe des Mediums 'Mrs. Willet' ... und ihrer Fähigkeit des automatischen Schreibens das erste Skript von Mitteilungen 'Mary Catherine Lytteltons'; die 'Korrespondenz' bestand fortan bis zu Balfours Tod 1930.

Balfours Nichte und Biographin merkte an: Niemand kann Arthur Balfour verstehen, der verißt, daß das Interesse für spekulative Gedanken Teil des Gefüges seiner alltäglichen Existenz war, wo auch immer er war, was auch immer er tat." (A.a.O.)

1916, als er Außenminister des Kriegskabinetts unter Lloyd George wurde, erhielt Arthur Balfour von Arthur Conan Doyle, Spiritist und Erfinder der Romanfigur Sherlock Holmes, die Nachricht, der 1912 beim Untergang der Titanic ums Leben gekommene W. T. Stead (ein enger Freund Rhodes, Milners und Balfours) lasse ihm ausrichten, daß er mit Cecil Rhodes an seiner Seite "in die Augen Christi geblickt habe". Und er habe gesagt: "Richte Arthur aus, daß seine Arbeit auf Erden heilig und göttlich ist - daß seine Botschaft die Meine ist." (Osterrieder, S. 873-74)

Osterrieder stellt fest, daß sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in England "im Verlauf von spiritistischen Séancen Erscheinungen manifestierten, die über einen kommenden europäischen Krieg prophezeiten." So erfolgte eine solche "Geistmitteilung" im Kreis des Spiritualisten William Oxley in Manchester, die 1885 veröffentlicht wurde.

Darin war "von einem mächtigen Kampf, einem schrecklichen Blutvergießen" die Rede, das nach Ablauf von vierzehn Jahren eintreten werde, von "einer Entthronung der Könige, einem Umsturz der Mächte. "Die wichtigste Frage ist: Wird Britannien für immer verloren sein?" Dies wurde in der Mitteilung durchaus für möglich gehalten, wenn nicht eine große spirituelle Macht interveniere. Aber um es retten zu können, müsse Britannien "sein bestes Blut lassen." (S. 874)

"Das Medium Leonora Piper (1857-1950) wiederum, welches (den Physiker) Oliver Lodge, den Philosophen William James und Richard Hodgson (prominentes Mitglied der englischen wie amerikanischen Societies for Psychical Research) vom Spiritismus überzeugte, kündete um 1898 von der neuen Geistesoffenbarung im 20. Jahrhundert, doch solle dem ein schrecklicher Krieg in verschiedenen Teilen der Welt vorangehen, in dem 'die ganze Welt geläutert und gereinigt werden' müsse."

Auch die Ehefrau des Politikers Alfred Lyttelton, Dame Edith, "hielt in ihren seit 1913 praktizierten automatischen Aufzeichnungen fest, daß ein großer Krieg unweigerlich kommen müsse, und präziserte zwischen dem 9. Und 21. Juli 1914, daß der erwartete Moment nun einge-

treten sei." Sie hatte 1901 die Victorian League mitbegründet, um die von Alfred Milner vertretene Zukunftsvision des Empire zu verbreiten.

Im Februar 1914 meldete sich der mit der Titanic untergegangene "Geist" des Milner-Freundes William T. Stead auf einer spiritistischen Sitzung im Little Theatre im australischen Sydney und prophezeite über das bekannte Medium Mrs. Foster Turner den fast tausend versammelten Menschen: "Obwohl nun gegenwärtig kein Zeichen eines großen Europäischen Krieges auszumachen ist, warne ich euch dennoch, daß bevor das Jahr 1915 zur Neige geht, Europa von Blut überschwemmt wird.

Unsere geliebte Nation Großbritannien wird in den schrecklichsten Krieg gezogen werden, den die Welt jemals gekannt hat. Deutschland wird der große Gegenspieler sein und wird andere Nationen mit sich ziehen. Österreich wird sich zugrunde richten. Könige und Königreiche werden fallen. Millionen von wertvollen Leben werden hingeschlachtet, aber Britannien wird schließlich triumphieren und siegreich hervorgehen." (S. 878)

Wer diese Dinge als privaten Humbug betrachtet, der doch mit der Politik nichts zu tun habe, verschließt sich vor geschichtlich wirksamen Tatsachen. Daß zahlreiche hoch angesehene Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England nach vielfältigen ernsthaften Prüfungen die Echtheit spiritistischer Phänomene anerkannten und davon in ihrem Handeln beeinflusst wurden, ist eine Realität.

Das schließt nicht aus, daß es auch Unsinn und Täuschungen gab. Rudolf Steiner, der als zeitweiliger Leiter der deutschen Sektion der von der Britin Anni Besant geführten Theosophischen Gesellschaft die spiritistische Szene auch in England gründlich studiert hatte, stand dem Spiritismus äußerst kritisch gegenüber und hielt ihn für eine materialistische Verirrung. Er wies aber darauf hin, daß durch ihn gleichwohl allerlei geistige Tatsachen zum Vorschein kämen, bei denen jedoch im Dunkeln bliebe, welche okkulten Kräfte mit welchen Intentionen diese Erscheinungen inszenierten. (R. Steiner dazu in Gesamtausgabe Bd. 52)

### **Der Einfluß okkulten Logen**

Es ist naheliegend, daß nicht nur in kleinen Kreisen, sondern auch in den okkulten Logen Englands, in denen zahlreiche führende Politiker Mitglied waren, über Medien versucht wurde, geistige Richtlinien für die Politik Englands zu gewinnen. Dies wird auch von Rudolf Steiner aus seinen Forschungen bestätigt. "Dasjenige, was wichtig ist, ist, daß nun, nachdem der ernsthafte Okkultismus sich zurückgezogen hat von dem Spiritismus, ... daß dann alle möglichen Strömungen und okkulten Bruderschaften und einzelne Menschen, ... versucht haben, die ganze Mediumschaft immer im einzelnen in die Hand zu bekommen, um dadurch gewisse Sonderzwecke zu verfolgen." (Vortrag 27.11.1916, GA 172, S. 222)

Mit Sonderzwecken ist gemeint, daß ein zentraler okkulter Grundsatz verlassen und nicht zum Wohl der ganzen Menschheit gearbeitet wird, sondern für egoistische Ziele einer Gruppe, der englischsprechenden Völker.

*Wenn man verfolgt, was selbst bei sogenannten ganz aufklärerischen Geschichtsschreibern und Politikern Englands und Amerikas als Weltideen verbreitet wird, so wird man finden, daß selbst bei diesen aufklärerischen Leuten in ihre Ideen überall etwas hineinspielt, was irgendwie von übersinnlichen Erkenntnissen über den Gang der Welt beeinflusst ist.*

*Das gewinnt man innerhalb der angloamerikanischen Welt durchaus, seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts insbesondere, auf eine Art medialem Wege. ... Und aus solchen medialen Persönlichkeiten heraus hat man insbesondere im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts in der anglo-amerikanischen Welt die Prinzipien erfahren, durch die man politisch gegen Europa und gegen Asien die Erfolge hat erringen können, die man errungen hat.*

Zwar gab es spiritistische Sitzungen und Mitteilungen auch im mitteleuropäischen Raum, doch seien "die Menschen der anglo-amerikanischen Welt ... viel zu gescheit, um es so zu machen wie die Mitteleuropäer, die einfach nicht glauben, was auf diese Weise aus Unter-

gründen des Daseins heraus geoffenbart wird" (R. Steiner, Vortrag 29.7.1919, GA 192, S. 301 ff.).

Zu der neuzeitlichen Strömung der Demokratie mit den Idealen der Französischen Revolution gehe im Westen eine verborgene Strömung parallel, die Steiner "die geistige Aristokratie der Loge" nennt. Elitäre westliche Bruderschaften benutzten vorrevolutionäre aristokratische Impulse des 18., 17., 16. Jahrhunderts, die dadurch unbemerkt gemacht werden, daß sie sich mit den Phrasen der Revolution, der Demokratie umkleiden, deren Maske annehmen, um auf diesem Wege möglichst viel Macht zu erlangen.

Es gehe ihnen darum, "den Wenigen die Herrschaft zu verschaffen durch die Mittel, die man im Schoß der Loge hat, dem Ritual und seiner suggestiven Wirkung." Vor 1850 hätten die Historiker im Gegensatz zu später noch auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den westlichen Logen hingewiesen.

*In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt, niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. Und wenn man ein solches Netz gesponnen hat, wovon ich Ihnen nur einzelne Maschen angegeben habe (im 18. Jahrhundert von London aus über ganz Europa gegründete Freimaurer-Logen), dann braucht man nur auf den Knopf zu drücken und die Sache wirkt weiter.* (R. Steiner, Vortrag 8.1.1917, GA 174, S. 90)

Wir müssen die von Cecil Rhodes initiierte "Geheimgesellschaft" und das von Alfred Milner geknüpfte Netzwerk von Clubs, Zirkeln und, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, "Think Thanks" angesichts der starken personellen Verflechtung als Ausläufer der englischen okkulten Logen betrachten.

### **Coefficients, der "Kindergarten" und Round Table**

Zunehmenden Einfluß auf die britische Außenpolitik gewannen die Coefficients, die sich 1902 als ein parteiübergreifender Debattierclub und brain trust bildeten. Ihm gehörten u.a. an: Edward Grey (Außenminister 1905-1916), W. A. S. Hewins (1917-1919 Unterstaatssekretär für die Kolonien), Viscount R. B. Haldane (Kriegsminister 1905-1912), Alfred Milner (ab 1916 Minister ohne Geschäftsbereich, Kriegsminister, Kolonialminister), der Geopolitiker Halford J. Mackinder (einer der geistige Väter der modernen geostrategischen Studien). "Einig war man sich über den zu erwartenden Großkrieg mit Deutschland, das ... als einzig mögliche, weil existentielle Bedrohung dienen sollte, die nötig erschien, um die English minds aus ihrer Lethargie zu neuen Anstrengungen zu befreien.

Der erste Schritt hierzu sei ein Bündnis mit Rußland mit Hilfe von Konzessionen in der Orientpolitik, wie der spätere Außenminister Edward Grey betonte - nicht zuletzt, um zwischen Deutschland und Rußland einen Keil zu treiben." Der Philosoph Bertrand Russel verließ den Club aus Protest gegen die Kriegsabsichten wieder. (Osterrieder, S. 879 f.)

Alfred Milner hatte sich während seiner Tätigkeit in Südafrika (Krieg gegen die Buren) ab 1902 mit einer Schar junger, frisch gebackener Absolventen der Universität Oxford umgeben, die ihm treu ergeben waren und zu ihm als einer Vaterfigur, Führer und intellektuellem Inspirator aufblickten. Sie wurden unter dem Namen Milners Kindergarten bekannt. "Die Mitglieder dieses 'Kindergartens' arbeiteten in den folgenden Jahren an der Errichtung der Südafrikanischen Föderation, die 1910 Wirklichkeit wurde." (Osterrieder, S. 884 f.)

Die meisten spielten später in der britischen Politik, der Presse oder im Hochschulwesen eine große Rolle. "Begeistert von der Gedankenwelt ihres Mentors und 'geistigen Vaters' Milner, erklärten sich die zumeist jungen Männer des 'Kindergartens' nach ihrer Rückkehr auf die britische Insel bereit, unter seiner Anleitung den Dienst am Empire fortzuführen, um für den Fall eines kommenden Krieges den Zusammenhalt des Weltreiches zu garantieren. So entstand

nach dreijähriger Vorbereitung 1909 ein informeller Kreis mit dem Namen The Round Table, der vielsagend und sicherlich mit Bedacht an die 'Ritter der Tafelrunde' von König Artus anknüpfte." (S. 187)

Mit der Zeit fanden sich an den regelmäßigen Moots neue, ebenfalls einflußreiche Politiker und Gelehrte ein. Zum engeren Kreis der voll in die Ideen und Impulse Eingeweihten rechnet der bedeutende amerikanische Historiker Carrol Quigley folgende Personen: Lord Milner, Lord Esher, Earl Albert Grey, A. J. Balfour, W. T. Stead, Philip Kerr, Lionel Curtis und weitere 9 Mitglieder.

Um sie herum bestand ein weiterer Kreis, der nicht mit allen Aspekten der Sache vertraut gewesen sein dürfte. Dann kam noch ein äußerer Kreis von Helfern hinzu, der eine relativ große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens umfaßte, zu denen auch Sir Edward Grey gehörte. "Zur geistigen Heimat des Kreises wurde die Universität Oxford, speziell die Colleges Balliol und New College sowie die beispiellose Einrichtung des All Souls College, das Leo Amery einmal als den geistigen Kern des Britischen Empire bezeichnet hat." (S. 892 f.)

### **Methoden des Wirkens**

"Milner übte ... seinen Einfluß nach englischer Manier indirekt aus, freilassend, der Initiative des einzelnen vertrauend, aber doch mit gewaltiger Suggestionskraft, verborgen hinter der beiläufigen Betonung eines Wortes oder der bloßen Erwähnung eines Gedankens, mit der ganzen Macht seines geistigen Potentials wie seiner moralischen und gesellschaftlichen Stellung. Der Einfluß wurde dadurch verstärkt, daß in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens 'loyale' Fellows und Logenbrüder wirkten, die scheinbar unabhängig voneinander zur selben Zeit den gleichen Impuls in die Welt setzten." (Osterrieder, S. 896)

*Beispielsweise verkündet ein Staatsmann (und Mitglied der Gruppe) eine politische Entscheidung. Ungefähr zur selben Zeit veröffentlicht das Royal Institute of International Affairs eine Studie über dasselbe Thema, und ein führender Akademiker aus Oxford, ein Fellow aus All Souls (und Mitglied der Gruppe) veröffentlicht ebenfalls einen Band über das Thema ... Die politische Entscheidung des Staatsmanns wird in einem Leitartikel von 'The Times' einer kritischen Analyse unterzogen und schließlich gutgeheißen, während die beiden Bücher in einer einzigen Rezension in 'The Times Literary Supplement' besprochen werden.*

*Sowohl der Leitartikel wie die Buchbesprechung sind anonym, aber von Mitgliedern der Gruppe verfaßt. Und schließlich tritt, ungefähr gleichzeitig, ein anonymes Artikel in (der eigenen Hauszeitschrift) 'The Round Table' für die gleiche politische Entscheidung ein." (Carrol Quigley, zitiert von Osterrieder, S. 896 f.)*

Die Einflußnahme auf das englische Pressewesen zur Prägung des öffentlichen Bewußtseins war vielfältig. Das Mitglied Geoffrey Dawson war Herausgeber der Times und damit der führende Zeitungsmann in Großbritannien geworden. Philip Kerr (Lord Lothian) schrieb in der Times, in Christian Science Monitor, Spectator, Nation and Athenaeum, International Conciliation und Contemporary Review. Edward Grigg publizierte in den National und Fortnightly Reviews sowie im Observer. Vier Round Tablers gehörten zu den Direktoren der Nachrichtenagentur Reuters.

Auf diese Weise gelang es der Round-Table-Gruppe immer mehr, wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der britischen Außenpolitik zu nehmen. Bereits in der ersten Nummer der Hauszeitschrift The Round Table im Herbst 1910 "wurde deutlich, daß der Kreis einen Krieg gegen Deutschland für wahrscheinlich hielt, ja daß die Eindämmung des deutschen Einflusses zum Kernprogramm des Round Table gehörte." Der 1905 Außenminister gewordene Insider Edward Grey war das geeignete ausführende Organ. Einen Tag nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland, am 5.8.1914, schrieb F. S. Oliver an seinen Freund Milner: "Was für eine Erlösung ist Montagabend gewesen!" (Osterrieder, S. 903)

Schon in einer preisgekrönten Untersuchung des Schweizer Historikers Jacob Ruchti von

1916 *Zur Geschichte des Kriegsausbruches* (Neuaufgabe Basel 2005) wird gezeigt, wie Andreas Bracher in der Schweizer Monatsschrift *Europäer* Juli/August 2014 resümiert, "daß die behauptete Friedensliebe und selbstlosen Vermittlungsversuche der englischen Regierung in den Tagen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Maske waren, hinter der sich bei den entscheidenden Akteuren Kriegswille und eine fixierte Feindschaft gegen das Deutsche Reich verbanden."

Ruchti weist z.B. nach, daß der deutsche Botschafter Lichnowsky noch am 1. August 1914 den englischen Außenminister Grey nach dessen eigener Notiz eindringlich gefragt hat, "ob, im Falle Deutschland verspräche, die Neutralität Belgiens nicht zu verletzen, Großbritannien seinerseits das Versprechen, neutral zu bleiben, geben würde." Doch Grey lehnte das ab. "Der Botschafter", so berichtet Grey weiter, "drang in mich, ob ich die Bedingungen, unter welchen wir neutral bleiben würden, nennen könne."

Er meinte sogar, daß es möglich wär, die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets zu gewährleisten." Grey sagte nur, "daß wir unsere Hände frei behalten müßten." Ruchti zieht das Fazit, "daß England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen." Dazu brauchte es die deutsche Neutralitätsverletzung Belgiens als eigenen Kriegsvorwand vor der britischen Öffentlichkeit, der Grey die deutschen Angebote verschwieg (a.a.O. S.78 f.).

Die wahren Vorgänge werden, führt Bracher weiter aus, in einem bemerkenswerten Buch des Briten John P. Cafferky: *Lord Milners Sekond War* bestätigt, das 2013 erschienen ist:

*In Cafferkys Band ist der Erste Weltkrieg das Produkt einer Intrige einer Clique britisch-englischer Politiker, die seit ca. 1902 darauf hinarbeiteten, ... Deutschland im internationalen System zu isolieren, eine anti-deutsche Koalition zu schmieden und diese ... auf einen Krieg gegen das Deutsche Reich vorzubereiten. Diese Politik wurde in der britischen Regierung von einigen Kabinettsmitgliedern getragen, die ein ganzes Jahrzehnt lang das weitere Kabinett und die britische Öffentlichkeit über die Reichweite und eigentliche Natur dieser Politik betrogen und belogen.*

*Abgestützt wurde sie aber auch durch eine Pressepolitik, mit der ein zunehmend anti-deutsches Klima in Großbritannien und im weiteren Europa geschaffen wurde. Wichtig dafür war besonders die Londoner Times, die damals angesehenste Zeitung der Welt, deren europäische Korrespondenten nach Maßgabe dieses anti-deutschen Kurses ausgewählt wurden.*

2013 erschien eine weitere erstaunliche englische Publikation von Gerry Docherty und Jim MacGregor: *Hidden History - The Secret Origins of the First World War*, die ebenfalls im genannten *Europäer*-Heft besprochen wird. Der Rezensent, der Engländer Terry Boardman, zitiert aus der Einleitung:

*Ein sorgfältig gefälschtes Geschichtsbild wurde nur zum Zweck verbreitet, um die Tatsache, daß England und nicht Deutschland für den Krieg verantwortlich war, zu kaschieren. Wäre nämlich die Wahrheit nach 1918 in weiten Kreisen bekannt geworden, wären die Folgen für die herrschende englische Klasse verheerend gewesen. ...*

*Wir zeigen, wie die unvorbereitete Welt - weit entfernt von schlafwandlerischem Hineintappen in den Weltkrieg - von unerkannt bleibenden Kriegstreibern in London in eine Falle gelockt wurde.*

*Wir entlarven die Absicht, Deutschland eines heimtückischen Verbrechens an der Menschheit zu bezichtigen oder die Meinung, daß Belgien eine unschuldige, neutrale Nation war, die vom deutschen Militarismus überrascht wurde.*

*Wir belegen klar, daß der deutsche Überfall auf Belgien nicht ein unüberlegter und willkürlicher Angriff, sondern eine Reaktion darauf war, daß Deutschland kurz vor der Vernichtung stand. ... Dieses Buch will beweisen, wie skrupellose Engländer einen Krieg ausdachten und die dazu nötigen Schritte einleiteten, um Deutschland zu zerstören.*

Die britische Regierung erklärte am 4. August 1914, heute vor 100 Jahren, Deutschland den Krieg.

Gerry Docherty/Jim Macgregor: "Verborgene Geschichte. Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte", Kopp Verlag. ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandradio Kultur" berichtete später (am 23. September 2013) über das Buch "Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog": >>Der Historiker Christopher Clark nimmt die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von Neuem unter die Lupe. Indem er nach dem "wie" und nicht so sehr nach dem "warum" fragt, erzählt er eine altbekannte Geschichte auf überraschende Weise neu. ... Wenn es für Clark Politiker gibt, die besondere Verantwortung tragen, sind es die Hardliner in Paris und Moskau: Als sie im Frühjahr 1914 ihr Militärbündnis an die Entwicklung in Serbien banden, konstruierten sie einen "geopolitischen Zündmechanismus", wie Clark es nennt. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 28. September 2013) über das Buch "Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" (x887/...): >>"Eine Tragödie, kein Verbrechen"

... Wenn Clark auch auf Fakten statt auf moralinsaurer Theorien setzt, so drückt er sich doch nicht darum, aus den von ihm dargebotenen Informationen eine Schlußfolgerung zu ziehen. Sie lautet, daß "der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen" gewesen sei. Und die Protagonisten von 1914 zeichnet er als "Schlafwandler - wachsam aber blind, von Alpträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Greuel zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten".

Das ist nicht sehr originell, erinnert es doch stark an Lloyd Georges bereits 1920 getroffene Feststellung: "Keiner der führenden Männer dieser Zeit hat den Krieg tatsächlich gewollt, Sie glitten gewissermaßen hinein, oder besser, sie taumelten oder stolperten hinein, vielleicht aus Torheit." ...<<

Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>... Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkaut.

Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.

Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermürbungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<

Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>"Schlafwandler? Von wegen!"

Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante

Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie

Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.

Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.

Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.

Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."

Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:

"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. ... Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.

Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.

Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! ... Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."

An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.

Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.

Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Gesicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

### **Das Committee of Imperial Defence**

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Pla-

nungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin.

Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.

Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.

Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.

Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.

Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.

Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.

Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.

Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "... machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, ... daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."

Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)

Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. ...<<

Der deutsche Historiker Theodor Schieder schrieb später über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x058/287-288): >>Die Julikrise von 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, war kein Ereignis, das eine stabile Ordnung unerwartet störte, sondern ein Vorgang, der inmitten einer Serie von Krisen stand, inmitten eines Prozesses, der einen allgemeinen Zusammenstoß von Tag zu Tag bedrohlicher werden ließ. ...

Im Juli 1914 hatten alle Mächte Ziele allgemeiner und besonderer Art, aber bei keiner läßt sich feststellen, daß sie an sich entschlossen war, um eines dieser Ziele willen einen großen Krieg zu beginnen. Alle Bündnisse und bündnisartigen Verabredungen waren auf den Defensivfall eingestellt. Das bedeutet indessen nicht, daß nicht ein vermeintlich kalkulierbares Risiko ausgespielt wurde, wenn man innerhalb der Gesamtkonstellation der Mächte einen entscheidenden Vorteil zu erringen hoffte.

So hat Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum an Serbien vom 23.7.1914 mindestens das Risiko eines lokalen Krieges bewußt auf sich genommen. Es besaß dabei die Zusicherung Deutschlands, daß es selbst im Falle einer ersten europäischen Komplikation auf die volle Unterstützung des Reiches rechnen könne.

Das Deutsche Reich ging mit diesem "Blankoscheck" seinerseits sehenden Auges das Risiko eines umfassenderen kontinentalen Krieges ein.

Es tat dies nicht mit der Absicht, einen Krieg um imperialistischer Ziele willen zu entfesseln, sondern um eine im letzten defensive Strategie anzuwenden, die sich allerdings präventiver Mittel bediente. ...

Der kriegerische Ausgang der Krise ist aber nicht allein durch diese deutsche Haltung, sondern ebenso durch die Entschlossenheit Rußlands, Serbien nicht fallen zu lassen, und die Entschlossenheit Frankreichs, alle Verpflichtungen seiner Allianz mit Rußland zu erfüllen, entschieden worden. ...<<

Der deutsche Historiker Walther Hubatsch schrieb später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x056/320): >>Der Ausbruch dieses gewaltigen Ringens stellt sich als ein Bündel von vielerlei Ursachen dar: die großserbische Idee und die innere Schwäche Österreich-Ungarns; der Panslawismus und die alten Expansionsziele Rußlands auf dem Balkan; die Gelegenheit für Frankreich, seine 1870 eingebüßte Position europäisch wieder zu begründen; die englische Sorge vor einer Hegemonialstellung Deutschlands auf dem Kontinent und die Sicherung Belgiens.

Hinzu trat die Furcht der Deutschen, die Bundesgenossenschaften zu verlieren und dann in der Krise isoliert zu sein; alles dieses bremste die Friedensbemühungen, die zu spät einsetzten und durch die Technik der einander bedingenden Mobilmachung rasch wirkungslos wurden. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x283/198-200): >>... Auslöser für den Weltkrieg war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische

Nationalisten in Sarajewo. ...

Wie sie eingestanden, wollten sie damit den Feind der Slawen töten, das Habsburgerreich auflösen und einen "Weltenbrand" entfachen. Mit dieser Prognose verrieten sie mehr Weitblick als die Staatsmänner der Zeit.

Trotz allem hätte die Tat noch nicht zum Kriege führen müssen. Wäre Wien sofort in Belgrad einmarschiert – die Manövertruppen standen ja Gewehr bei Fuß -, und hätte es Genugtuung gefordert und erhalten, dann hätte sich der Konflikt vielleicht nicht hochgeschaukelt. Freilich hätte man ihn wirklich fürchten und nicht heimlich wünschen müssen. ...

Und es kam, wie es kam. Wien stellte Belgrad Forderungen, deren Erfüllung man nicht ernsthaft erwarten konnte und die dort im Vertrauen auf Rückendeckung von Rußland nicht geleistet wurden. Wien erklärte Serbien den Rachekrieg, und Zar Nikolaus sah jetzt seine slawischen Brüder bedroht, er machte mobil.

Der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte stand bevor. Denn Kanzler Bülow in Berlin hatte die Österreicher 1909 der "Nibelungentreue" versichert. Hätte sich das Beistandsversprechen Berlins auf die Verteidigung Deutsch-Österreichs beschränkt, so wäre der nationalen Gefühls politik Genüge geleistet gewesen und Petersburg hätte keinen Anlaß gehabt, gegen Deutschland mobil zu machen.

Bismarck hatte dem Frieden mit Rußland den Vorrang eingeräumt; er wollte, so sagte er auf dem Berliner Kongreß 1878, den Balkaninteressen Wiens die gesunden Knochen nicht eines einzigen pommerschen Musketiers opfern.

Ohne den Krieg mit Deutschland und die Niederlage bei Tannenberg im August 1914 wäre es den Russen vermutlich gelungen, die West- und Südslawen zu befreien, am Ende gar die heißbegehrten Meerengen zu gewinnen.

Hätte eine siegreiche russische Armee die Revolution der Bolschewiki hingenommen? Wohl kaum. Deren Sieg war in dreifacher Hinsicht eine Folge deutscher Politik: zum einen durch die Zermürbung der russischen Armee, sodann durch den Transport Lenins mit der Reichsbahn aus der Schweiz durch Deutschland nach dem damals russischen Finnland; und zum dritten durch die fehlende Hilfeleistung 1918 für die "Weißen", als nach dem Urteil von Kurt Riezler, dem Botschaftsrat in Moskau, der Bürgerkrieg gegen die "Roten" auf der Kippe stand und durch Eingreifen Deutschlands hätte gewonnen werden können.

Ein Vorstoß der Russen ans Mittelmeer hätte London alarmiert und die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland vermindert, zumal ein fortdauernder Friede mit Rußland die gesamte deutsche Wehrmacht an der Westgrenze verfügbar gemacht hätte. Frankreich allein hätte keinen Angriff riskiert. Der Konflikt zwischen England und Deutschland wäre vertagt worden und hätte sich am Ende mit der sich abzeichnenden Veränderung der weltpolitischen Gesamtsituation überhaupt erübrigt. Denn der wahre Konkurrent der Briten auf See war ja nicht Deutschland, sondern Amerika. Die USA befanden sich bereits damals auf dem Wege zur führenden Weltmacht. Hat man das in London nicht gesehen oder im Zeichen angloamerikanischer Solidarität in Kauf genommen?

Aber der in Deutschland ebenso gefühlsbestimmte Pakt mit der Donaumonarchie veranlaßte, daß die Nibelungentreue ein zweites Mal zum Untergang führte, wie Kriemhilds Rache lehrt.

Als der Angriff der Russen auf Österreich bevorstand, erklärte Berlin dem Zaren und dann auch Frankreich den Krieg, nachdem dort gleichfalls die Mobilmachung angelaufen war. Die höchst unerwünschte Kriegserklärung aus London folgte. Sie war nicht unbedingt vorauszusehen, da England seit dem Krimkrieg als Gegner Rußlands galt und zwischen Paris und London ein förmlicher Beistandspakt ebensowenig bekannt war wie ein solcher zwischen London und Washington. Es gab eine Kettenreaktion. Jeder Schritt hätte, anders gewählt, den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögert, wo nicht verhindert. Das aber war hüben und drüben nicht gewollt. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später (am 30. Juli 1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x887/...): >>Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas

In Europa gingen die Lichter aus

Am 1. August 1914, nach einer dramatischen Zuspitzung der durch das Attentat von Sarajewo ausgelösten Lage in der "Julikrise", ist der Weltkrieg da.

... Alle fünf involvierten Mächte sahen in der kriegerischen Auseinandersetzung Chancen für politischen und nationalen Gewinn oder doch zumindest eine Abwehr drohender Gefahren für ihren Bestand.

Die Donaumonarchie versprach sich mit einem militärischen Schlag gegen Serbien eine "Bereinigung der balkanischen Zustände" und so das Abbiegen gefährlicher panslawistischer Tendenzen. Deutschland erhoffte sich vom baldigen Waffengang gegen Rußland und Frankreich ein Aufbrechen des Einschließungsringes um das Reich - und dies mit dem verbündeten Österreich und Italien an seiner Seite. Frankreich erblickte im Krieg gegen Deutschland die lang herbeigesehnte Gelegenheit, sich für die Niederlage von 1871 zu revanchieren und das damals rückerstattete Elsaß-Lothringen erneut zu annektieren. Rußland erwartete sich von einem erfolgreichen Waffengang gegen Deutschland und Österreich eine Ausdehnung seiner Macht nach dem Westen, eine Steigerung seines Einflusses auf dem Balkan und wohl auch die Chance zu einer Zerschlagung der Donaumonarchie.

Und Großbritannien sah die Chance zur Zerstörung der zu mächtig gewordenen Kontinentalmacht Deutsches Reich gekommen, die auch auf den Weltmeeren Flagge zu zeigen begonnen hatte. Optimismus herrschte auf allen Seiten. Entsprechend gedachten die deutschen Frontfreiwilligen "Weihnachten in Paris" zu verbringen und die Briten das Deutsche Reich durch ihre kriegsrechtswidrige Seeblockade alsbald in die Knie zu zwingen. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtete später (im Juni 1995) (x853/...): >>Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):

"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später (im Juni 2009) über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x878/...): >>... Die deutsche Politik war auf den Kriegsausbruch gedanklich überhaupt nicht vorbereitet. Man wußte nicht, was man wollte:

Wenn es ein Verteidigungskrieg war, durfte es keine praktisch unkontrollierte Kriegszieldiskussion geben; war es ein Krieg zur Etablierung einer deutschen Hegemonie, dann hätte es vor dem Krieg unbedingt Klarheit über die Kriegsziele geben müssen. Ein Krieg wurde geführt, ja wofür? Es war eine unglaubliche Gedankenlosigkeit, mit der das Deutsche Reich in den Krieg eintrat. Sie spricht allerdings auch gegen eine deutsche Kriegsschuld, es sei denn im Rahmen von Fahrlässigkeit.

Die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zwischen berechtigten, existentiellen deutschen und den Interessen der anderen europäischen Großmächte war in Deutschland ausgeblieben. Für die deutschen Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich und Rußland war die Lage bei Kriegsausbruch hingegen klar. Ihr überkommenes und in Jahrhunderten erprobtes außenpoliti-

ches Ordnungssystem gab die Leitlinien vor, es bedurfte keiner langen Diskussion. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Punkt eins: Das Deutsche Reich durfte keinesfalls eine faktische Hegemonie in Kontinentaleuropa erringen;

Punkt zwei: es mußte so weit geschwächt werden, daß auch eine tendenzielle kontinentaleuropäische Hegemonie Deutschlands auf Dauer ausgeschlossen blieb;

Punkt drei: vielleicht ergab sich sogar die Möglichkeit, das Deutsche Reich, das noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert existierte, als Störfaktor ganz auszuschalten und wieder zu zerschlagen. ...<<

### **Das Attentat von Sarajevo leitet den Ersten Weltkrieg ein**

Am 28. Juni 1914 fiel der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo - seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert - einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau wurden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Der Attentäter Gavrilo Princip handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Schwarze Hand", die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).



*Abb. 52 (x175/115): In Sarajevo wird der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 von einem bosnischen Nationalisten ermordet.*

Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates mit einem selbständigen Staat für die Südslawen und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit den Slawen bemüht (x056/315). Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr. Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildete den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Schwarze Hand" bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde.

Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem

Kriegsausbruch.

Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg - wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913 - ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

### **Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges**

Am 6. Juli 1914 sicherte die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58).

Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegraphierte am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<

Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" der deutschen Reichsregierung vom 6. Juli 1914 wurden Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Eine russisch-französische Delegation verhandelte vom 20. bis zum 23. Juli 1914 in Sankt Petersburg über die Zusicherung der Bündnistreue im Kriegsfall. Die Bündnisverpflichtungen wurden schließlich feierlich bestätigt.

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

Die österreichisch-ungarische Regierung stellte Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen. Die deutsche Regierung wurde erst nach der Übergabe des Ultimatums informiert (x063/478).

Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des französisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, war der russische Zar noch fester zum Krieg entschlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten konnte sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.

Der russische Kronrat sicherte Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).

Serbien ordnete daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatums die Mobilmachung an.

Obleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt hatte, ordnete Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.

Ein ehemaliger Leiter des serbischen Außenministeriums berichtete am 26. Juli 1914 aus St. Petersburg (x307/601): >>Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle vorwärts im Namen des Herrn! ...<<

Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hielt sich die deutsche Regierung,

trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhielt die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrte.

Wilhelm II. reagierte sichtlich erleichtert über die halb entgegenkommende serbische Antwort (x063/480): >>... Das ist mehr, als man erwarten konnte! ... Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und der österreichische Gesandte Giesel hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung empfohlen!<<

Kaiser Wilhelm II. wies am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese längst überfällige Maßnahme des deutschen Kaisers (x307/667): >>... Noch am ... Morgen des 28. Juli um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, daß nun, da Serbien "eine Kapitulation demütigster Art" hingenommen habe, "jeder Grund zum Kriege" entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen.

Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, daß nach seiner Einschätzung "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei" und daß Wilhelm persönlich bereit sei, den Frieden in Österreich zu vermitteln. ... Das werde ich tun auf Meine Manier, und so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."

Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, daß wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn "wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, daß er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen.<<

Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien lautete wie folgt (x307/602): >>An meine Völker!

Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.<<

Jetzt war die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit waren nun plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".

Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartete, rief die Polen am 28. Juli 1914 zum Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hoffte bzw. erwartete man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb am 28. Juli 1914 an seine Frau (x307/706): >>... Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu. ... Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich. ...<<

Reichkanzler Bethmann-Hollweg teilte der britischen Regierung am Abend des 29. Juli 1914 mit, daß man keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebte, falls England neutral bleiben würde (x063/481).

In der Nacht zum 29. Juli 1914 beschossen österreichisch-ungarische Einheiten der Marine

und der Artillerie die serbische Hauptstadt Belgrad (x175/115).

Der russische Zar ordnete noch am selben Tag die Teilmobilmachung an, die jedoch nach einem Telegramm Kaiser Wilhelms noch einmal gestoppt wurde.

Der deutsche Botschafter in London meldete am 29. Juli 1914 dem Auswärtigen Amt (x056/316): >>Die britische Regierung wünscht, ... solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits zu stehen. Würden (Deutschland) aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere.<<

Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregierung erstmalig - aber leider viel zu spät - mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten. ...<<

Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, ordnete Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gab damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651-652): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.

Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.

In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien. ...

Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters ... vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei "als Folge der Generalmobilmachung Österreichs" und der "Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen" habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen. ...<<

Die britische Regierung lehnte am 30. Juli 1914 den deutschen Wunsch nach einer Neutralitätsgarantie ab (x175/113).

Kaiser Wilhelm II. erklärte am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und forderte Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben. Frankreich wurde aufgefordert neutral zu bleiben.

Der belgische Gesandte in Paris schrieb am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<

Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortete, schickte Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481).

Die französische Regierung beantwortete am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482). Um

16.55 Uhr ordnete Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).

Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.

Der russische Außenminister Alexander Iswolski (1856-1919) schickte am 1. August 1914 ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg (x352/27): >>Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe. Er bat mich, der Hoffnung des französischen Generalstabs Ausdruck zu verleihen, daß alle Bemühungen gegen Deutschland gerichtet sein werden. ...<<

Der britische Marineminister Churchill ließ am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts - nur mit Billigung des Premierministers - die britische Flotte mobilisieren (x307/691).

Der deutsche Reichskanzler beauftragte am 3. August 1914 den deutschen Botschafter in London (x056/317): >>... Bitte dem britischen Außenminister Edward Grey zu sagen, daß, wenn wir zur Neutralitätsverletzung Belgiens schritten, wir dazu durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen würden ... Wir befänden uns in einer militärischen Zwangslage.

Die unselige russische Mobilmachung hätte uns, die wir bis dahin militärisch uns auf ... Defensivmaßregeln beschränkt hätten, plötzlich in Gefahr gesetzt, nachdem auch Frankreich schon vorher stark gerüstet hätte, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden ...

Jetzt müßten wir, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um uns unserer Haut zu wehren.

Es liege keinerlei absichtliche Verletzung des Völkerrechts vor, sondern die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft ... Rußland habe durch verbrecherisches Spielen mit dem Feuer den Frieden zu erhalten durchkreuzt ...<<

### **Die Kriegsbegeisterung im August 1914**

Kaiser Wilhelm II. rief "sein Volk" am 4. August 1914 öffentlich zu den Waffen und erklärte feierlich (x073/31): >>... So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Drum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande ...

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben.

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.<<

Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erklärte am 4. August 1914 im Reichstag (x245/72): >>Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.

Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Das Unrecht - ich spreche offen -, das Unrecht, das wir tun, werden wir wiedergutzumachen versuchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...<<

Die Bevölkerungen der kriegsführenden Staaten wurden damals von einem regelrechten Kriegsfieber erfaßt. In den großen europäischen Hauptstädten Berlin, London, Moskau, Paris

und Wien begrüßten Tausende von kriegsbegeisterten Menschen den "gerechten Krieg". Nirgends zeigte sich offener Widerstand gegen den Krieg, denn jedes kriegsbeteiligte Land kämpfte angeblich für eine gerechte Sache.

In Berlin und in Wien sangen die Deutschen patriotische Lieder und meldeten sich in Massen freiwillig zum Kriegseinsatz. Alle Klassen der deutschen Bevölkerung - auch die Sozialdemokraten und sogar der linksradikale Karl Liebknecht - waren damals für diesen vermeintlich gerechten Verteidigungskrieg und zogen bereitwillig für das Vaterland in den Krieg. Die Geistlichen segneten die eingezogenen Soldaten und die Waffen.

Die ausrückenden deutschen Truppen sangen forsche, fröhliche Lieder, als ob man nur in ein kurzes Manöver ziehen würde. Die blumengeschmückten Züge wurden von begeisterten Menschenmassen verabschiedet. Überall herrschte damals eine unglaubliche Mischung aus Jubel und großer Zuversicht, daß der Krieg schon bald zu Ende sein würde: "Wieder zu Hause, ehe das Laub fällt ...", "Weihnachten sind wir schon zurück!" ...

Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George berichtete damals über die Stimmung der europäischen und der englischen Bevölkerung (x041/10): >>Die Bevölkerung wurde vom Kriegsfieber gepackt. In sämtlichen Hauptstädten schrie sie nach Krieg. Die älteren Staatsmänner bemühten sich mit schwachen Kräften, den Krieg zu verhindern, während die Jugend der untereinander rivalisierenden Länder vor ihren Türen ungeduldig nach dem sofortigen Krieg verlangte. ...

Ich werde nie die kriegslustigen Massen vergessen, die sich in Whitehall versammelten, während das Kabinett über die Alternative Frieden oder Krieg beriet ... Es fanden sich zahllose Scharen junger Menschen in Westminster ein, um für den Krieg gegen Deutschland zu demonstrieren.<<

### **Der "totale Krieg" von 1914-1918**

Der Erste Weltkrieg war mit dem letzten französisch-deutschen Krieg von 1870/71 nicht zu vergleichen, denn es entwickelte sich kein "gerechter, heiliger Volkskrieg" mit kurzen Feldschlachten alten Stils. Dieser Krieg wurde kein kurzer Waffengang, sondern ein unerwartet grausamer und mörderischer Grabenkampf, der länger als 4 Jahre dauern sollte. Die naiven, romantischen Vorstellungen der Menschen erfüllten sich leider nicht, denn im Verlauf des Ersten Weltkrieges entfaltete sich sehr schnell eine neue, völlig unbekannte Kriegsort - der "totale Krieg".

Mit der "Hurrastimmung" - "Jeder Schuß ein Rus", "Jeder Stoß: ein Franzos" ... - und den patriotischen Liedern war es vor allem im Westen schnell vorbei, denn an der Westfront fanden fast nur erbitterte Stellungskämpfe statt.

Der erste große Krieg des 20. Jahrhunderts wurde hauptsächlich durch ungeheure Materialschlachten, Schützengräben, Stacheldrahtverhaue, endlose Artillerie- und Handgranatengefechte, blutige Nahkämpfe sowie durch den erstmaligen Großeinsatz von Massenheeren, Giftgas, Minen, Maschinengewehren, Flammenwerfern, Panzern, Kampfflugzeugen und U-Booten geprägt.

Im Ersten Weltkrieg entstand außerdem eine neuartige Kriegsberichterstattung. Um die Kampfkraft der eigenen Soldaten zu erhöhen, verbreiteten die Engländer und teilweise auch die Nordamerikaner zahlreiche Propagandaberichte über die angebliche Grausamkeit der Deutschen.

Die Berichte von vermeintlich geschändeten Nonnen und Säuglingen mit abgehackten Händen in Belgien wurden von Historikern zwar nachträglich als eindeutige Lügen entlarvt, aber während des Ersten Weltkrieges glaubte fast jeder Engländer diese böartigen Propagandageschichten, die fast täglich in den britischen Zeitungen veröffentlicht wurden.

93 führende deutsche Wissenschaftler und Intellektuelle veröffentlichten im September 1914

ein Manifest gegen die einseitige Greuelpropaganda der Alliierten (x972/...): >>Der Aufruf der 93 "An die Kulturwelt!"

Wir als Vertreter deutscher Wissenschaft und Kunst erheben vor der gesamten Kulturwelt Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten. Der eherne Mund der Ereignisse hat die Ausstreuung erdichteter deutscher Niederlagen widerlegt. Um so eifriger arbeitet man jetzt mit Entstellungen und Verdächtigungen. Gegen sie erheben wir laut unsere Stimme. Sie soll die Verkünderin der Wahrheit sein.

*Es ist nicht wahr*, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äußerste geschehen, ihn abzuwenden. Dafür liegen der Welt die urkundlichen Beweise vor. Oft genug hat Wilhelm II. in den 26 Jahren seiner Regierung sich als Schirmherr des Weltfriedens erwiesen; oft genug haben selbst unsere Gegner dies anerkannt. Ja, dieser nämliche Kaiser, den sie jetzt einen Attilla zu nennen wagen, ist jahrzehntelang wegen seiner unerschütterlichen Friedensliebe von ihnen verspottet worden. Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann.

*Es ist nicht wahr*, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien damit einverstanden. Selbstvernichtung wäre es gewesen, ihnen nicht zuvorzukommen.

*Es ist nicht wahr*, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot. Denn wieder und immer wieder, allen Mahnungen zum Trotz, hat die Bevölkerung sie aus dem Hinterhalt beschossen, Verwundete verstümmelt, Ärzte bei der Ausübung ihres Samariterwerkes ermordet. Man kann nicht niederträchtiger fälschen, als wenn man die Verbrechen dieser Meuchelmörder verschweigt, um die gerechte Strafe, die sie erlitten haben, den Deutschen zum Verbrechen zu machen.

*Es ist nicht wahr*, daß unsere Truppen brutal gegen Löwen gewütet haben. An einer rasenden Einwohnerschaft, die sie im Quartier heimtückisch überfiel, haben sie durch Beschießung eines Teils der Stadt schweren Herzens Vergeltung üben müssen. Der größte Teil von Löwen ist erhalten geblieben. Das berühmte Rathaus steht gänzlich unversehrt. Mit Selbstaufopferung haben unsere Soldaten es vor den Flammen bewahrt. - Sollten in diesem furchtbaren Kriege Kunstwerke zerstört worden sein oder noch zerstört werden, so würde jeder Deutsche es beklagen. Aber so wenig wir uns in der Liebe zur Kunst von irgend jemand übertreffen lassen, so entschieden lehnen wir es ab, die Erhaltung eines Kunstwerks mit einer deutschen Niederlage zu erkaufen.

*Es ist nicht wahr*, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet. Sie kennt keine zuchtlose Grausamkeit. Im Osten aber tränkt das Blut der von russischen Horden hingeschlachteten Frauen und Kinder die Erde, und im Westen zerreißen Dumdumgeschosse unseren Kriegern die Brust. Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.

*Es ist nicht wahr*, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Zu ihrem Schutze ist er aus ihr hervorgegangen in einem Lande, das jahrhundertlang von Raubzügen heimgesucht wurde wie kein zweites. Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüdernd heute 70 Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei.

Wir können die vergifteten Waffen der Lüge unseren Feinden nicht entwenden. Wir können nur in alle Welt hinausrufen, daß sie falsches Zeugnis ablegen wider uns. Euch, die Ihr uns

kennt, die Ihr bisher gemeinsam mit uns den höchsten Besitz der Menschheit gehütet habt, Euch rufen wir zu:

Glaubt uns! Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle.

Dafür stehen wir Euch ein mit unserem Namen und mit unserer Ehre!<<

Die Greuelgeschichte vom kanadischen Soldaten, den die Deutschen angeblich an einem Scheunentor kreuzigten, bezeichnete der kanadische Kriegsminister ... später während einer Parlamentsrede als "glänzend geglücktes Garn", daß von ihm damals gebilligt wurde, um Kriegsfreiwillige anzuwerben (x063/490).

Rachsucht, Gewinnstreben, gegenseitige Schmähungen und unwahre Propagandaberichte belasteten noch lange nach Kriegsende die Bemühungen um eine ehrliche Versöhnung und Völkerverständigung.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Greuelpropaganda" (x051/225): >>Greuelpropaganda (-hetze, -märchen), Bezeichnung für bewußte Falschmeldungen über Verbrechen des Gegners im Krieg.

Im Prinzip schon immer ein Mittel der psychologischen Kriegführung, wurde Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg insbesondere auf alliierter Seite so massiert eingesetzt, daß die Glaubwürdigkeit erheblich litt und damit die beabsichtigte Wirkung ausblieb oder gar in das Gegenteil umschlug, wenn offenkundige Lügen entlarvt wurden.

Bekannteste Beispiele waren die Behauptung, deutsche Soldaten hätten – auf ausdrückliche und detaillierte Anweisung Kaiser Wilhelms II. – belgischen Kindern die Hände abgehackt, sie vergewaltigt und gefoltert, oder z.B. die Meldung des "Daily Telegraph" vom März 16, Österreicher hätten 700.000 Serben vergast (sic!).

Diese Greuelpropaganda sollte sich im Zweiten Weltkrieg als beste Tarnung der SS für den Völkermord der Endlösung erweisen. Noch im Sommer 44 weigerten sich höchste alliierte Stellen (u.a. J. Pehle, Direktor des US-Kriegskomitees für Flüchtlinge) mit Hinweis auf die Greuelpropaganda, Meldungen über Gaskammern in Auschwitz zu glauben. Verzweifelte Zeugen wie Gerstein stießen auf eine Mauer des Unglaubens, die durch die Ungeheuerlichkeit der Berichte nur stabiler wurde; deutsche Dementis waren wesentlich erfolgreicher. Die verhängnisvollen Folgen der Greuelpropaganda sind bis in die neonazistische Szene zu spüren (Auschwitzlüge).<<

### **"Mittelmächte" und "Alliierte Mächte"**

Den "Mittelmächten", Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien, mit rd. 155 Millionen Einwohnern, standen die "Alliierten Mächte", 30 Länder mit rd. 1.365 Millionen Einwohnern, gegenüber (x038/1.915/1.916).

Weder Österreich-Ungarn noch das Deutsche Reich waren militärisch und wirtschaftlich auf einen längeren Krieg vorbereitet. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn besaßen höchstens Lebensmittelvorräte für 1 Jahr und wurden nach dem Kriegsbeginn schnell von kriegswichtigen Rohstoffen abgeschnitten.

Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen. Das Deutsche Reich mußte vom Kriegsausbruch bis zum Ende die militärische Hauptlast des Krieges tragen. Österreich-Ungarn konnte sich vielfach nicht auf seine Truppen verlassen, die aus vielen Völkerschaften bestanden. Auch die Türken und Bulgaren waren ständig auf deutsche Unterstützung angewiesen. Die deutschen Truppen waren zwar stärker als jeder einzelne europäische Gegner, aber trotz der Allianz mit den Mittelmächten viel zu schwach, um alle Feinde gleichzeitig zu schlagen.

Während die britischen und französischen Armeen der politischen Führung unterstellt wurden, gab es im Deutschen Reich keine einheitliche Führung. Kaiser Wilhelm II., der zwischen den Politikern und der deutschen Heeresleitung vermitteln sollte, scheiterte.

### **Fehlende US-Neutralität während des Ersten Weltkrieges**

Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bildeten sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."

Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.

Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.

Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.

Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<

### **Friedensangebot der Mittelmächte**

Anstatt Frieden mit Rußland zu schließen, der damals durchaus möglich war, aber von der deutschen Heeresleitung abgelehnt wurde, gründeten die Mittelmächte am 5. November 1916 das Königreich Polen. Diese politisch und militärisch völlig falsche und sinnlose Entscheidung führte zum Abbruch der deutsch-russischen Friedensverhandlungen, denn Rußland war nicht bereit, Polen aufzugeben.

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Gleichzeitig ersuchte die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson, einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<

Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.

Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68). Briand, der im Jahre 1926 mit Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhielt, strebte eigentlich erst ab 1925 eine Verständigung mit Deutschland an.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die deutschen Friedensangebote seit 1916 (x057/194): >>Nachdem schon 1916 ein deutsches Friedensangebot von den Gegnern abgelehnt worden war, erfolgte unter Führung des Zentrumsabgeordneten Erzberger 1917 die Friedensresolution des Reichstages. Darin wurde ein "Frieden der Verständigung ohne Annexionen" angeboten, aber ohne Erfolg.

Anfang 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen "Vierzehn Punkten" die Grundlage eines Friedens aufgestellt. Die von Prinz Max von Baden gebildete Regierung rief Wilson als Vermittler an und bat im Oktober 1918 um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund der "Vierzehn Punkte".<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über die Ablehnung der deutschen Friedensvorschläge (x340/11-12): >>... Alle deutschen Angebote zwecks eines Ausgleichsfriedens wurden von den verantwortlichen Entente-Politikern umgehend abgelehnt. Sie konnten nicht anders, denn um die Blüte ihrer Jugend für die wirtschaftlichen Interessen weniger auf die Schlachtfelder treiben zu können, hatten sich Frankreichs und Englands Politiker bis zum letzten Penny bei amerikanischen Banken und Investoren verschulden müssen.

Ihnen drohte im Falle eines deutschen Sieges oder eines Ausgleichsfriedens der Bankrott. Die USA waren deshalb 1917 in den Weltkrieg auf Seiten der Gegner Deutschlands eingetreten, um ihre Investitionen zu retten.<<

### **Kriegseintritt der USA**

Die deutsche Reichsregierung informierte die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges - ab 1. Februar 1917. Obwohl der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausdrücklich vor den Folgen eines unbeschränkten U-Boot-Krieges warnte, setzten sich die Befehlshaber der deutschen Kriegsmarine und hauptsächlich General Ludendorff durch. Danach wurde ab 1. Februar 1917 jedes Schiff angegriffen, das sich der britischen und französischen Küste näherte. Die Rechnung der deutschen Heeresleitung ging je-

doch nicht auf, denn nach der Versenkung mehrerer US-Schiffe führte der verhängnisvolle deutsche U-Boot-Krieg schließlich am 6. April 1917 zum nordamerikanischen Kriegseintritt. Nordamerika griff in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein.

US-Botschafter Walter Hines Page (1855-1918) telegraphierte am 5. März 1917 aus London an US-Präsident Wilson (x243/10, x340/61): >>... Vielleicht ist unser Eingreifen in den Krieg der einzige Weg, auf dem unsere hervorragende geschäftliche Lage erhalten und eine Panik (US-Rezession bzw. US-Depression) abgewendet werden kann. Das Unterseeboot hat den letzten Ausschlag gegeben für die Gefahr eines Weltfinanzkrachs. ...<<

>>Der Druck der herannahenden Finanzkrise übersteigt nunmehr die Leistungsfähigkeit des Hauses Morgan für die britische und die französische Regierung. ... Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der einzige Weg, um unsere hervorragende Handelslage aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, die Kriegserklärung an Deutschland darstellt.<<

Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen, vor allem Panzer, Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.

Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden - Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten - geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen.

Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.

Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte kein gewaltsames Ende des Zarentums, keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.

Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.

Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit entlassen müssen.

Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.

Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" der "Pariser Vorortverträge" hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.

Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.

Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahl-

reichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden. Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es ebenfalls nicht gegeben.

Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

Winston S. Churchill, während des Ersten Weltkrieges britischer Marineminister, berichtete später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den besonders bedeutsamen Brüdern Paul M. Warburg und Felix M. Warburg, der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den durchschnittlichen Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten ...

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie ... ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so schefelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, ... da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei

Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiff's Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahreslöh von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.

Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berühmte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerlässlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.

Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen und England entthronten - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels, sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.

Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.

Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons. Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt ... und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersonlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien. ...

... Von kriegsentscheidender Bedeutung war neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten. Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.

Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen größtenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.

Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse

im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.

Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen ... noch immer geheimgehalten werden.

Danach drohte Präsident Wilson mit der Kriegserklärung, falls der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingestellt würde. Daraufhin gab Kanzler Bethmann-Hollweg im September 1915 nach. Aus Furcht vor Amerika wurde die Schlinge um den Hals der Briten gelockert.

Das aber scheint nach der Analyse von Robert O'Connell ein Fehler gewesen zu sein. Er hat 2001 gezeigt, daß die USA damals auf einen Kriegseintritt noch nicht vorbereitet waren, England hingegen, von der Zufuhr über See abgeschnitten, vor der Hungerkatastrophe stand. Bevor die USA wirksam hätten eingreifen können, wäre durch einen nachhaltigen Einsatz der Torpedowaffe London 1916 gezwungen gewesen, Frieden zu schließen, der dann auch den Eingriff Washingtons erübrigt hätte. ...

Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.

Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsoffer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. ...<<

US-Senator George Norris aus Nebraska gab im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...

Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über die Gründe bzw. Folgen der nordamerikanischen Kriegsbeteiligung (x065/329-330): >>... Der Druck der industriellen und landwirtschaftlichen Überproduktion, der in den Vorkriegsjahren so schwer auf den USA gelastet hatte, verschwand im Laufe des Ersten Weltkrieges in zunehmenden Maß als die USA zum Lieferanten der kriegsführenden Alliierten wurden.

Von etwa 40 Millionen Dollar im Jahre 1914 stieg der Wert der nordamerikanischen Ausfuhr 1915 auf 210 Millionen und 1916 auf 1,29 Milliarden Dollar. 1915 betrug die englisch-französischen Schulden in den USA bereits 500 Millionen Dollar. Diese wirtschaftlichen Tatsachen gewannen mehr und mehr an Gewicht. Sie waren zwar nicht das einzige, vielleicht nicht einmal das ausschlaggebende, aber ein höchst bedeutsames Motiv für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ...<<

## **Die Balfourdeklaration**

Die USA verlangten von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung u.a. auch die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Der britische Außenminister Earl of Balfour sicherte danach dem späteren Staatspräsidenten Israels, Chaim Weizmann, am 2. November 1917 in der sogenannten Balfourdeklaration die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina zu.

Am 2. November 1917 erteilte der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) dem Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chaim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

In der sog. Balfourerklärung hieß es (x128/361): >>Mein Lieber Lord Rothschild!, zu meiner großen Genugtuung übermittle ich ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-nationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.<<

Diese Erklärung wurde später zur Grundlage des jüdischen Anspruches auf Westpalästina (x073/71).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Balfour-Deklaration" (x051/57): >>Balfour-Deklaration, Erklärung des britischen Außenministers Balfour (1848-1930) in einem Brief vom 2.11.17 an den Zionistischen Weltkongreß, die "Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" nach Kräften zu erleichtern.

Die Balfour-Deklaration wurde von den Zionisten als verbindliche Zusage zur Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets interpretiert, von den Gegnern nur als Zusicherung des Wohn- und Lebensrechts. Mit Berufung auf die Balfour-Deklaration versuchten v.a. die im Dritten Reich verfolgten deutschen Juden Einwanderungsgenehmigungen zu erzwingen.

Aus Rücksicht auf die arabische Bevölkerung aber legten die Briten die Balfour-Deklaration sehr eng aus und lehnten in einem Weißbuch vom Mai 39 ausdrücklich eine jüdische Staatsbildung ab.<<

Die Briten übernahmen wegen der ständigen arabisch-jüdischen Unruhen am 19. Januar 1920 die Regierungsgewalt in Palästina. Die im Jahre 1917 vereinbarte Balfour-Deklaration wurde jedoch nicht verwirklicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Palästina" (x051/435): >>Palästina, seit 1920 britisches Mandatsgebiet im Nahen Osten, gebildet aus den bis dahin türkischen Verwaltungsbezirken Akko, Nablus und Jerusalem mit 26.300 qkm und 647.500 Einwohnern (1919).

Palästina sollte nach der Balfour-Deklaration (1917) den Juden eine "Heimstätte" bieten und wurde daher zum Ziel einer ständigen jüdischen Einwanderungswelle, die mit der einsetzen den nationalsozialistischen Judenverfolgung weiter anschwell.

Machten die Juden 1919 nur etwa 10 % der Bevölkerung aus, so stellten sie 1948 bereits ein Drittel. Gegen diese Tendenz kam es immer wieder schon seit 1920 zu arabischen Aufständen

und terroristischer Gegenwehr. Weder die Abtrennung Transjordaniens als rein arabisches Gebiet von Palästina noch Einschränkungen für jüdische Einwanderung und Bodenkäufe brachten Ruhe in das Land.

Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges aber brauchte Großbritannien diese Ruhe und verordnete die Begrenzung der jüdischen Neusiedler auf 10.000 jährlich und insgesamt 75.000, von denen die 1933-39 bereits eingewanderten 33.339 Juden aus dem Deutschen Reich abgezogen wurden.

Der arabische Widerstand ging dennoch weiter und führte zur Bildung des jüdischen Schutzbundes Haganah und zu Gegenterror. Von den verfolgten europäischen Juden konnten sich bei unverminderter britischer Haltung gegen weitere Einwanderung nur wenige nach Palästina retten. Vielen erging es wie den Passagieren der "Struma".

Erst als das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Endlösung bei Kriegsende offenbar wurde, öffneten sich die Grenzen von Palästina den Überlebenden. Trotz jüdischer Staatsbildung in Palästina blieb die Region ein Krisenherd der Weltpolitik.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 über die Balfour-Deklaration (x335/17-18): >>**Das Haus zum Roten Schild**

*\_von Daniell Pföhringer*

Sie gelten als erfolgreichste Dynastie aller Zeiten und dienten den Nazis als Beleg für ihre antisemitische Theorie einer "jüdischen Weltverschwörung". Kennzeichnend war von Anfang an ihre Nähe zur Macht - und das Wissen um entscheidende Entwicklungen. ...

Der Erste Weltkrieg markierte einen Wendepunkt für die Dynastie. Nathans Sohn Lionel hatte mittlerweile die Geschäfte in London übernommen, während der 1885 als Lord Rothschild of Tring geadelte Nathaniel - als Baron damit erstes jüdisches Mitglied des Oberhauses in der Geschichte Englands - den englischen Adelszweig begründete. Der historisch bedeutendste Sohn Nathaniels war der Zoologe und Politiker Lionel Walter Rothschild (1868-1937), der als Mitglied der Führung der Zionistischen Internationale offizieller Empfänger des Briefes von Großbritanniens Außenminister Lord Balfour vom 2. November 1917, der sogenannten Balfour-Deklaration, war.

Darin hieß es, die britische Regierung betrachte "die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen" und werde "die größten Anstrengungen unternehmen, um die Erreichung dieses Ziels zu unterstützen". Chaim Weizmann, Präsident der zionistischen Weltbewegung und eng mit den Rothschilds verbunden, war zu jener Zeit Berater von Lord Balfour.

Nathaniels Enkel, der 1936 geborene Lord Jacob Rothschild, ist bis heute das Oberhaupt des britischen Zweiges der Familie. 1980 aus dem Bankgeschäft ausgestiegen, gründete er fünf Jahre später die Rothschild Holdings und verdiente Unsummen als Spekulant. Sein Cousin Evelyn Robert de Rothschild beriet als Chef des Londoner Bankhauses in den 1980er Jahren die britische Premierministerin Margret Thatcher bei der ihrer umfassenden Privatisierung von Staatskonzernen und strich dafür Provisionen ein.

Der wohl bekannteste Vertreter des französischen Zweigs der Rothschild-Familie war der Bankier und Industrielle Baron Guy de Rothschild (1909-2007). Nachdem die damals in Paris regierenden Sozialisten 1937 bereits einen Teil des Rothschild-Imperiums verstaatlicht hatten, beschlagnahmte nach der deutschen Besetzung 1940 die mit Hitler kollaborierende Vichy-Regierung unter Marschall Pétain sämtliche Besitztümer der Familie in Frankreich.

Ab 1941 hielt sich Guy de Rothschild in den USA auf, wo auch sein Sohn David geboren wurde. Nachdem er 1944 im Troß Charles de Gaulles nach Frankreich zurückgekehrt war, übernahm er 1949 die wieder ins Eigentum der Familie überführte Rothschild-Bank in Paris, damals größte Privatbank Frankreichs, und gründete die Paris-Orléans Holding (P.O.). Einer

seiner Mitarbeiter war der spätere französische Staatspräsident Georges Pompidou. Die Satire-Zeitung Canard enchaîné erlaubte sich zu dessen Regierungszeit sogar den Scherz, die Abkürzung RF (République française) stehe in Wirklichkeit für Rothschild Frères - so der Name der Bank des französischen Zweigs bis 1982.

1981 löste die neue sozialistische Regierung unter François Mitterrand eines ihrer Wahlkampfversprechen ein und verstaatlichte verschiedene Industriekonzerne und Großbanken, darunter auch die Rothschild-Bank. Die Familie erhielt eine Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Francs und durfte ihre Anteile an internationalen Rothschild-Finanzgruppen, darunter auch die P.O., behalten. Aus Protest gegen die Maßnahme ging Guy de Rothschild erneut nach New York, wo er die Investmentbank Rothschild Inc. gründete.

Später kehrte er wieder nach Paris zurück, da seine Söhne David und Édouard die Rothschild-Bank unter neuem Namen wiedergründen konnten. Der 1942 in New York geborene David de Rothschild führt die Pariser Familienbank, an der er mit 50 Prozent beteiligt ist, bis heute. Seine Cousins Elie und Alain halten die restlichen Anteile. Seit 2008 ist er auch Vorstandschef der Londoner Rothschild-Bank. ...

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Rothschilds eine mächtige Konkurrenz in den USA erwachsen. Die Einflusssphären der beiden Finanzdynastien blieben Jahrzehnte voneinander getrennt, bis sich die französische Rothschild-Tochter RIT Partners Capital 2017 mit 37 Prozent in das Vermögensmanagement der Amerikaner einkaufte. Deren 2017 verstorbener Patriarch galt als einflußreichster Strippenzieher hinter den Kulissen der Macht - und der Name der Familie ist bis heute der Inbegriff des US-Kapitalismus: Rockefeller.<<

### **Waffenstillstandsverhandlungen und Bildung einer vorläufigen "Deutschen Republik"**

Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos war, drängte die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

Kaiser Wilhelm II. erklärte danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<

Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautete wie folgt (x237/239): >>Der Reichskanzler ausführte die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...

Der Außenminister äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.

Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...

Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wes-

sen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

Die deutsche Regierung berichtete über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.

Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. ...<<

Die deutsche Heeresleitung teilte der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<

Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitete in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, an US-Präsident Wilson (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606): >>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:

Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;

Freiheit des internationalen Handels;

Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;

"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;

Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;

Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;

Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;

Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;

Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;

Unabhängigkeit des türkischen Staates,

Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;

Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;

Gründung eines Völkerbundes.

Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<

Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten

(x041/71, x064/125).

Später warf man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.

Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.

Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.

Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zugunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.

Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.

Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.

Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<

US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... Kein Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf fremdem Boden stehen. ...<<

Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigerte sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.

Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen

hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>Der Waffenstillstand muß ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten werden nur ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Matrosen der Kriegsmarine riefen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergriff.

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

Am 7. November 1918 trat der bayerische König als erster Fürst des Deutschen Reiches widerstandslos zurück.

Die deutsche Waffenstillstandskommission verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 ... über die Waffenstillstandsbedingungen. Der französische Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, Marschall Foch lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

Am Morgen des 9. Novembers 1918 rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker und Mitglied des Reichstages Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Die deutsche Heeresleitung telegraphierte am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

Kaiser Wilhelm II. floh am 10. November 1918 nach Holland.

### **Abschluß des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918**

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Die Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 enthielt die völkerrechtlich verbindliche Zusage, nach einem Waffenstillstand einen Friedensvertrag zu schließen, der dem 14-Punkte-Programm Wilsons vom 8. Januar 1918 und den ergänzenden Äußerungen

vom 11. Februar 1918, 4. Juli 1918 und 27. September 1918 entsprach. Die Deutschen Truppen standen beim Waffenstillstand noch weit in Feindesland. Die deutsche Heeresleitung und die Reichsregierung sahen zu diesem Zeitpunkt jedoch keine Aussicht mehr, diesen Krieg siegreich zu beenden.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.

Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhielt, schrieb damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>...

Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<

Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien, obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug. Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und Holzmehl vermischte.

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Nachdem die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt.

Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.

Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später z.B. 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Winston Churchill erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs

des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstießen, verhungerten etwa 300.000 deutsche Zivilisten (x063/521), bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten. In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.

General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515):  
>>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/40-44): >>**Falsche Versprechungen**

Deutschland willigte nur in den Waffenstillstand ein, weil es sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten verließ, die in einem diplomatischen Notenwechsel gegeben worden waren.

... Zwei Pläne für die zukünftige Gestaltung der Welt machten sich den Platz streitig: die 14 Punkte des Präsidenten und der Karthago-Friede\* Clemenceaus. ...

\* Anspielung auf die totale Zerstörung Karthagos durch das Römische Reich. ...

### **Wilsons Erklärung**

Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch\* bevollmächtigt worden sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

\* Ferdinand Jean Marie Foch (1851-1929), Marschall von Frankreich im Ersten Weltkrieg. ...

In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". ...

Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern". Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, die es wehrlos machen würden.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.

### **Die deutsche Antwort**

Die deutschen Bemerkungen über den Friedensvertragsentwurf bestanden größtenteils in einem Vergleich zwischen den Bedingungen des Abkommens, aufgrund dessen das deutsche Volk eingewilligt hatte, die Waffen niederzulegen, und den wirklichen Bestimmungen der Urkunde, die ihm dann zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Den deutschen Auslegern fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und inter-

nationaler Sittlichkeit bedeute, der mit ihrer eigenen Schuld am Einfall in Belgien zu vergleichen sei. ...

Der Vertrag bezweckte die systematische Vernichtung der deutschen Wirtschaft.

... Das Wirtschaftssystem Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf drei Hauptfaktoren: I. seinem Überseehandel, verkörpert in seiner Handelsflotte, seinen Kolonien, seinen Auslandsanlagen, seiner Ausfuhr und den Überseeverbindungen seiner Kaufleute; II. der Ausbeutung seiner Kohle und seines Eisens und der darauf gegründeten Industrien; III. seinem Verkehrs- und Zollsystem. Von diesen Faktoren war der erste zwar nicht der wenigst wichtige, aber sicher der verwundbarste. Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller drei, vornehmlich jedoch der ersten beiden.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. ...

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Anbetungen steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. ...

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 19. September 2008) über den Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen: >>**Deutschlands große Illusion**

Die 14 Punkte Wilsons am Ende des Ersten Weltkrieges und die enttäuschte Hoffnung auf einen gerechten Friedensschluß

*Von Dag Krienen*

Am 8. Januar 1918 stellte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson in einer Botschaft an den Kongreß eine Reihe von Grundsätzen vor, die er als unabdingbare Grundlagen für einen gerechten Friedensschluß zur Beendigung des Weltkrieges bezeichnete. Unter den insgesamt 14 Punkten fanden sich zunächst fünf allgemeine Prinzipien, die nicht nur das feindliche Deutschland und seine Verbündeten, sondern auch deren Gegner inklusive der USA binden

sollten. Erst dann schlossen sich eine Reihe von Forderungen an, die zu Lasten der Mittelmächte gingen wie die Räumung aller von ihnen besetzten Gebiete, die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer. In Punkt 14 forderte Wilson schließlich die Errichtung eines Völkerbundes "zu dem Zweck, großen und kleinen Staaten gleichermaßen gegenseitige Garantien ihrer politischen Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit zu verschaffen."

Wilsons Friedensprogramm kombinierte geschickt den Grundentwurf einer neuen liberaldemokratischen Weltfriedensordnung mit einer Reihe von konkreten, insgesamt recht gemäßigt klingenden Kriegszielforderungen an die Mittelmächte. Doch Anfang 1918 war der Krieg militärisch noch nicht entschieden. Nach dem praktischen Ausscheiden Rußlands als ernstzunehmendem Gegner Ende 1917 existierte eine letzte deutsche Chance, im Westen offensiv die militärische Entscheidung des Krieges zu suchen, bevor kampfbereite amerikanische Truppen in größerem Umfang in Frankreich standen.

Nicht nur die Oberste Heeresleitung (OHL) setzte noch einmal alles auf diese Karte, sondern auch die zivile Reichsleitung, fast alle Reichstagsparteien und die Mehrheit des Volkes. Die Reaktionen in Deutschland auf die 14 Punkte Wilsons waren unter diesen Umständen zurückhaltend. Reichskanzler Georg Graf von Hertling anerkannte zwar, daß die darin enthaltenen allgemeinen Grundsätze sowie der Völkerbundsgedanke "Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten", wies jedoch alle einseitig Deutschland treffenden Forderungen zurück.

Ähnlich argumentierten aber auch SPD, Zentrum und Linksliberale sowie die ihnen zuneigenden Presseorgane. Eines der wichtigsten politischen Ziele von Wilsons Proklamation, zwischen der in seinen Augen "autokratischen" Führung und dem deutschen Volk, insbesondere den linken und liberalen Kräften, einen Keil zu treiben, wurde verfehlt. Dieses Ziel, das der Präsident, in dieser Frage vom Deutschlandexperten des US-Außenministeriums, William C. Bullitt beraten (JF 36/05), in seinen öffentlichen Reden zur Friedensfrage hartnäckig weiterverfolgte, vermochte er auch in der Folgezeit nicht zu erreichen.

Als den Deutschen im Spätsommer 1918 allmählich klar wurde, daß trotz aller Teilerfolge ein entscheidender deutscher Sieg im Westen unmöglich geworden war und sich die Gesamtlage auch angesichts der Niederlagen anderer Mittelmächte (Zusammenbruch der Bulgarienfront am 15. September 1918) zusehends verschlechterte, gewannen in der Truppe und in der Heimat rasch die allgemeine Kriegsmüdigkeit und der Wunsch, schnell zu einem erträglichen Frieden zu gelangen, die Oberhand.

In dieser Lage bot Wilson am 27. September erneut, auf der Basis eines Konzeptes Bullitts, einen "Frieden auf der Basis unparteiischer Gerechtigkeit" an, allerdings nur einem "geläuterten" Deutschland mit einer parlamentarisch kontrollierten Regierung. Zur gleichen Zeit gelangten aber auch Reichsregierung und OHL zu der Einsicht, daß der Krieg militärisch für Deutschland definitiv verloren war und nur eine Regierung mit dem Vertrauen des Reichstags einen glimpflichen Frieden würde erhalten können.

Nüchtern stellte sich das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, daß in der gegebenen Lage das am wenigsten schlechte von allen schlechten Angeboten immer noch das beste war. Und allein der US-Präsident hatte bis dato überhaupt ein einigermaßen ausformuliertes Friedensprogramm vorgelegt, das zudem günstigere Bedingungen zu enthalten schien als alles, was Deutschland von Briten und Franzosen erwarten konnte.

Am 3. Oktober wandte sich die neugebildete Regierung unter dem Prinzen Max von Baden an Wilson mit der Bitte, einen Waffenstillstand auf der Basis seines seit dem 8. Januar entwickelten Programms herbeizuführen, als Grundlage späterer Friedensverhandlungen. Nach einem Notenaustausch mit Wilsons Außenminister Robert Lansing akzeptierte sie auch, daß nur ein Waffenstillstand in Frage kam, der Deutschland keine Möglichkeiten zu einer späteren Wie-

deraufnahme des Kampfes ließ, und daß es für die zivilen Kriegsschäden Ersatz zu leisten habe. Nach Rücksprache mit den europäischen Verbündeten teilte Lansing am 5. November den Deutschen "die Bereitschaft (der verbündeten Regierungen) zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung (mit), auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie den Grundsätzen, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". Auf dieser Basis wurde dann am 11. November 1918 der Waffenstillstand abgeschlossen.

Die deutsche Regierung vertrat in den folgenden Monaten stets den Standpunkt, daß die in den Notenwechseln mit Wilson/Lansing im Oktober und November formulierten Bedingungen einen beide Seiten bindenden Vorvertrag (pactum de contrahendo) darstellten, der den Inhalt des zukünftigen Friedensvertrages präjudiziere. Entsprechend dies ursprünglich noch dem nüchternen Kalkül, auf dieser Rechtsbasis harte alliierte Friedensbedingungen zurückweisen zu können, gewannen bei den neuen, durch die Revolution vom November 1918 ins Amt gekommenen politischen Kräften die Hoffnungen, daß Wilson für Deutschland einen milden Kompromißfrieden herbeiführen würde, zeitweise die Oberhand über eine nüchterne Einschätzung der Lage.

Aufgrund der nun hergestellten demokratisch-antiimperialistischen Übereinstimmung hegte man illusionäre Hoffnungen. Ende November 1918 erklärte Außenstaatssekretär Wilhelm Solf vor Vertretern der neuen republikanischen Landesregierungen gar, daß man durch das Festhalten an Wilsons pazifistischem Programm mit Amerika gegen den Imperialismus der Entente würde Front machen können.

Insgesamt wurde so eine öffentliche Erwartungshaltung erzeugt, die man aufgrund der krisenhaften Lage der Republik später nicht mehr korrigieren konnte. Die Hoffnung auf einen "Wilson-Frieden" im Sinne eines glimpflichen Kompromißfriedens ohne Diskriminierung Deutschlands stellte einen der wenigen Lichtblicke für die vom Schock der Niederlage, der Härte des Waffenstillstandes, dem plötzlichen revolutionären Umbruch und den anhaltenden inneren Unruhen desorientierten und in Bedrängnis gebrachten Deutschen dar.

Als der amerikanische Präsident im Dezember 1918 nach Europa kam, erreichte die Wilson-Begeisterung nicht nur in Westeuropa ihren Höhepunkt. Auch in Deutschland wurde er als unparteiischer Schiedsrichter, als Beschützer vor dem Imperialismus der Entente-Mächte und als Garant eines Friedens der Versöhnung gefeiert. Amerikanische Beobachter konstatierten, daß das deutsche Volk unbeeinträchtigt zu Wilson aufblicke und auch in politischen Kreisen ein großes Vertrauen in den amerikanischen Präsidenten vorherrsche.

In den besser informierten politischen Kreisen kühlte diese Begeisterung, die von unzähligen Broschüren mit Wilsons Reden sowie Darstellungen seiner weltpolitischen Maximen genährt wurde, zwar allmählich ab, doch konnten nur die wenigsten alle Illusionen und Hoffnungen ablegen. Die meisten Deutschen lebten, wie der Theologe und Historiker Ernst Troeltsch 1919 festhielt, bis zum Mai 1919 im "Traumland der Waffenstillstandsperiode". Als den Deutschen in diesem Monat die Versailler Friedensbedingungen präsentiert wurden, war der Schock um so größer.

Was nun publik wurde, entsprach in keiner Weise den Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit an einen "Wilson-Frieden", von dem man erhofft hatte, daß er, wenn auch mit territorialen und wirtschaftlichen Verlusten verbunden, die Souveränität, Integrität und Selbstachtung der Nation nicht beeinträchtigen würde. Der schließlich nach einem alliierten Ultimatum von den deutschen Bevollmächtigten am 28. Juni unterzeichnete Friedensvertrag tat in den Augen der meisten Deutschen aber genau dies. Da von deutscher Seite das beim Waffenstillstand gegebene Versprechen der Sieger, einen Frieden auf Basis von Wilsons Programm abzuschließen, stets als bindender Vorvertrag aufgefaßt worden war, sahen sie sich durch den "Schmachfrieden" als im großen Stile "betrogen" an. Zum Teil beruhte dies auf ihren zuvor

sorgsam gepflegten Illusionen über Wilson.

Der amerikanische Präsident hatte während der Verhandlungen zwar einige der Forderungen der europäischen Siegermächte - mit eher geringem Erfolg - auszubremsten versucht, aber stets das Gesamtkonzept des entstehenden Vertragswerkes und eine harte Behandlung Deutschlands als Schuldigen am Krieg bejaht. Soweit überhaupt, hat er sich vor allem auf wirtschaftlichem Feld, insbesondere in der Reparationsfrage, für mehr Rücksicht auf deutsche Interessen eingesetzt, aber kaum bei den Gebietsabtretungen, wo er von Expertenstäben abhängig war, die vor allem die Ansprüche der jeweiligen Siegerstaaten im Auge hatten.

Auch wenn am Ende viele Berater der amerikanischen Delegation vom Gesamtpaket entsetzt waren und Bullitt sogar demissionierte, hielt Wilson selbst damals und später stets daran fest, daß das Versailler Vertragswerk einen insgesamt "gerechten Frieden" darstelle. Ja, um das Gegenteil nicht eingestehen zu müssen, griff er vermehrt auf eine moralisierende Interpretation des Versailler Friedens als einer einem "Verbrecher" auferlegten gerechten Strafe zurück.

Das Ansehen Wilsons, auf den sich zuvor so viele illusionäre Hoffnungen konzentriert hatten, fiel im Sommer 1918 in Deutschland ins Bodenlose.

Jene, die der Völkerbundidee weiterhin etwas abgewinnen konnten, versuchten gelegentlich noch, ihn als weltfremden, von den durchtriebenen europäischen Siegermächten "getäuschten Professor" zu entschuldigen. Doch für sehr viele Deutsche, nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums, galt er fortan als politischer Heuchler par excellence. Mit dem Ansehensverlust Wilsons verbunden war zudem nicht nur die Diskreditierung seiner Person, sondern auch die seines Programms einer neuen, von einem Völkerbund stabilisierten demokratischen Weltordnung. Verziehen wurde Wilson der "große Betrug" von deutscher Seite nie: Bei seinem Tode 1924 unterließ es die deutsche Botschaft in Washington ostentativ, halbmast zu flaggen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen: "Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."

Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungs-großkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich

wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

### **Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 28.07.1914 bis zum 11.11.1918)**

Der von den NWO-Geheimorganisationen inszenierte Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut in Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet - davon waren 4.247.000 Deutsche - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen - Kampfhandlungen, Luftangriffe etc. - verschont, aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

<u>Kriegsparteien</u>	<u>Truppenstärke</u> <u>1914</u>	<u>Truppenstärke</u> <u>1918</u>	<u>Gefallene</u>	<u>Verwundete</u>	<u>Kriegsgefangene</u>
Deutsches Reich	4.500.000	11.000.000	1.809.000	4.247.000	618.000
Österreich-Ungarn	3.000.000	7.800.000	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Osmanisches Reich	-	2.800.000	325.000	400.000	.
Bulgarien	-	1.200.000	.	.	.
<b>Mittelmächte</b>	<b>7.500.000</b>	<b>22.800.000</b>	<b>3.334.000</b>	<b>8.267.000</b>	<b>2.818.000</b>
Rußland	5.970.000	12.000.000	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Frankreich	4.020.000	7.900.000	1.280.000	2.813.000	446.000
Französische Kolonien	-	600.000	105.000	231.000	.
Großbritannien	980.000	6.704.000	705.000	1.395.000	192.000
Britisches Weltreich	-	2.296.000	242.000	727.000	.
Serbien	200.000	700.000	360.000	.	.
Italien	-	5.500.000	460.000	947.000	530.000
Rumänien	-	750.000	250.000	.	.
USA	-	1.400.000	115.000	206.000	5.000
<b>Ententemächte</b>	<b>11.170.000</b>	<b>37.850.000</b>	<b>5.217.000</b>	<b>11.269.000</b>	<b>3.673.000</b>
<b>Gesamt</b>	<b>18.670.000</b>	<b>60.650.000</b>	<b>8.551.000</b>	<b>19.536.000</b>	<b>6.491.000</b>

### **Der unfreiwillige Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II.**

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>Der Waffenstillstand muß ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten werden nur ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Kaiser Wilhelm II. floh am 10. November 1918 nach Holland.

Kaiser Wilhelm II. dankte schließlich am 28. November 1918 im holländischen Exil ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautete wie folgt (x979/...): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

Kaiser Wilhelm II. verzichtete am 28. November 1918 zwar persönlich auf den Thron des Königreiches Preußen und auf den Kaiserthron des Deutschen Reiches, aber seine Verzichtserklärung beendete völkerrechtlich nicht das Königreich Preußen und das deutsche Kaiserreich. Das Recht auf die Thronfolge änderte sich durch die persönliche Verzichtserklärung des Kaisers ebenfalls nicht!

Der ehemalige Kaiser hoffte später vergeblich auf eine baldige Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den letzten deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x051/645): >>Wilhelm II., geboren in Potsdam, 27.1.1859, gestorben in Doorn (Niederlande) 4.6.1941, deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).

Der von starkem monarchischem Sendungsbewußtsein durchdrungene Wilhelm geriet nach der Thronbesteigung rasch in Konflikt mit dem Reichsgründer Bismarck, der im Innern seinem Popularitätsdrang (sozialpolitische Scheinprogressivität) entgegenstand und es nach außen nach Wilhelms Meinung an selbstbewußtem Auftreten fehlen ließ.

Die Nach-Bismarck-Ära war dann auch gekennzeichnet von sozialpolitischen Rückzügen und konzeptlos-martialischem Auftreten. Konnten die innenpolitischen Gegensätze noch durch eine relative Prosperität unter Kontrolle gehalten werden, so führte das außenpolitische Draufgängertum (Flottenrüstung, wechselnde Annäherungen, "Nibelungentreue" zu Wien, naive Taktlosigkeiten) zur außenpolitischen Isolierung des Reiches und in den Ersten Weltkrieg.

Nach dem Sturz der Monarchie ging Wilhelm am 10.11.18 ins holländische Exil, dankte am 28.11.18 ab und setzte auf baldige Restauration in Deutschland. V.a. vom nationalsozialistischen Aufstieg erhoffte er sich die Rückberufung (Januar 31 und Mai 32 Besuche Görings in Doorn), mußte aber nach Hindenburgs Tod (2.8.34) diese Illusion begraben und sprach vom Dritten Reich fortan nur als "Mostrichrepublik" ("braun und scharf").

Beim Einmarsch deutscher Truppen in Holland 1940 war höheren Offizieren der Kontakt mit Wilhelm untersagt, dem aber militärische Ehren bei der Beisetzung gewährt wurden. Den heutigen Leser der Reden und Notizen Wilhelms erstaunt die Ähnlichkeit mit Hitlers Simplifizierungen, nur waren sie im Gegensatz zum Diktator beim Kaiser bloße Pose.<<

### **Schlußbemerkungen**

Nicht die angeblich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsterheit, sondern Trägheit und vor allem die bleierne Langsamkeit wurden dem deutschen Michel schließlich zum Verhängnis, denn die Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgten viel zu spät. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts berichteten besonders die französischen und britischen Zeitungen unentwegt über die vermeintlich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsterheit der Preußen bzw. Deutschen. Obgleich die "kriegslüsternen" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389), wurden die Deutschen pauschal zu gemeingefährlichen Menschen, Barbaren, Hunnen etc. erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert.

Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren nicht die Folge unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle. Diese Kriege entstanden nicht unbeabsichtigt, sondern sie wurden von den späteren Siegermächten bewußt im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systema-

tisch realisiert, um das Deutsche Reich zu beseitigen. Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen.

Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte im Verlauf des Ersten Weltkrieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Nur weil die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und die USA damals nicht bereit waren, das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren, mußten infolge des Ersten Weltkrieges (1,8 Millionen Soldaten und 1,1 Millionen Zivilisten) und während des Zweiten Weltkrieges (5,9 Millionen Soldaten und 8,0 Millionen Zivilisten) schließlich **mindestens 16,8 Millionen Deutsche** sterben.

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Dezember 2019 (x1.000/...): >>Jahrhundertealte Geheimpläne

... Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.

Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.

Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.

Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.

Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.

Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle

Länder der Welt.

Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.

Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. *So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike 1871.<<*

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Die Deutschen wurden nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 systematisch entmündigt, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Versailler Friedensdiktates drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht

kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!  
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,  
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien  
und für unsere Nachkommen bewahren können.  
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk  
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften  
bis zum letzten Atemzug verteidigen,  
denn wir sind es unseren Vorfahren und  
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel  
Geheiligt werde dein Name.  
Dein Reich komme.  
Dein Wille geschehe,  
wie im Himmel, so auf Erden.  
Unser tägliches Brot gib uns heute.  
Und vergib uns unsere Schuld,  
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.  
Und führe uns nicht in Versuchung,  
sondern erlöse uns von dem Bösen.  
Denn dein ist das Reich  
und die Kraft und die Herrlichkeit  
in Ewigkeit.  
Amen.

## GOTT MIT UNS

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.07.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 4 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985, Seite 79.

x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.

x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: <u>Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte</u> . Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): <u>Frieden ohne Rüstung?</u> Herford/Bonn, 1989.
x099	Löser, Jochen: <u>Gegen den Dritten Weltkrieg</u> . Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: <u>Daten der Weltgeschichte</u> . Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2</u> . Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert</u> . Dortmund 1997.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 2</u> . Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x177	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte. Band 13</u> . Imperialismus und 1. Weltkrieg. Neuer Tesseloff Verlag, Hamburg 1969.
x184	Längin, Bernd G.: <u>Unvergessene Heimat Sudetenland</u> . Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6</u> . In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte</u> . Wien/München/Zürich 1996.
x206	Hemmerle, Rudolf: <u>Sudetenland. Lexikon. Geografie, Geschichte, Kultur</u> . Augsburg 1996.
x215	Fischer-Fabian S.: <u>Preußens Krieg und Frieden</u> . Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5</u> . Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3</u> . Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1</u> . Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.

x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch, Band 3</u> . Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x267	Johann, Ernst (Hg.): <u>Innenansicht eines Krieges</u> . Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x307	Clark, Christopher: <u>DIE SCHLAFWANDLER</u> . Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x312	März, Peter: <u>MYTHEN, BILDER, FAKTEN</u> . Auf der Suche nach der deutschen Vergangenheit. München 2010.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland</u> . Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - <u>Die Tore zur Hölle</u> . Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x350	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Krieg gegen Rußland</u> . Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2014.
x352	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 1. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.

## Internet

x827	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 7. Band: Fos - Gilb. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches-net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches-net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x870	<a href="http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/">http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/</a> – Juli 2016.
x878	<a href="http://www.guntram-von-schenck.de/">http://www.guntram-von-schenck.de/</a> – September 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x967	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einflusse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einflusse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/</a> – November 2019
x968	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/08/04/wie-einflussreiche-kreise-in-england-zum-ersten-weltkrieg-trieben/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/08/04/wie-einflussreiche-kreise-in-england-zum-ersten-weltkrieg-trieben/</a> – November 2019
x972	<a href="https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28308">https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28308</a> – April 2020
x979	<a href="https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013">https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013</a> – September 2020
x980	<a href="http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&amp;type=102&amp;tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1">http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&amp;type=102&amp;tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1</a> VII. Jahrgang. No. 62. Neueste Mittheilungen. Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee. Berlin, Montag, den 25. Juni 1888. – <u>September 2020</u>
x1.000	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> – März 2021